



DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING



Jahresbericht 2025

Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und
Umweltschutzorganisationen (DNR) e.V.

Inhalt

DAS JAHR 2025

Ein Jahr der Richtungsentscheidungen für Natur, Klima und Demokratie

Seite 4

IM FOKUS

Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik

Seite 6

IM FOKUS

Klima und Energie

Seite 14

IM FOKUS

EU-Koordination

Seite 22

IM FOKUS

Verbandspolitik und Zivilgesellschaft

Seite 28

IM FOKUS

Presse und Kommunikation

Seite 32

DNR-TRÄGERSCHAFT

Forum Umwelt & Entwicklung

Seite 38

IM FOKUS

Kampagne „Meine Landwirtschaft“

Seite 50

IM FOKUS

Strukturen und Zahlen

Einnahmen/Ausgaben	Seite 54
Projekte	Seite 56
Organigramm des DNR	Seite 57
DNR-Präsidium	Seite 58
DNR-Mitgliedschaften	Seite 59
Vertreter*innen des DNR in verschiedenen Gremien	Seite 60
Leitbild	Seite 61
DNR-Mitglieder	Seite 62
Impressum	Seite 63
	Seite 64

DAS JAHR 2025

Ein Jahr der Richtungsentscheidungen für Natur, Klima und Demokratie

2025 markierte einen politischen Neustart. Nach der vorgezogenen Bundestagswahl nahm in Deutschland eine neue Bundesregierung ihre Arbeit auf, während auf europäischer Ebene die neue EU-Kommission ihre ersten politischen Schwerpunkte setzte. Dabei wurde schnell deutlich, dass mit dem Neustart auch ein Kurswechsel verbunden ist: Umwelt-, Natur- und Tierschutz werden als Investitionshemmnis und Wachstumsbremse betrachtet, stattdessen haben Schlagworte wie Planungsbeschleunigung, Bürokratieabbau oder Deregulierung Hochkonjunktur. Gleichzeitig blieb der Handlungsbedarf hoch: Der Schutz der biologischen Vielfalt, die Klimakrise und die notwendige Transformation von Landwirtschaft, Energie- und Wirtschaftssystemen erforderten weiterhin entschlossenes politisches Handeln.

Die politischen Rahmenbedingungen waren daher besonders herausfordernd. Sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene gerieten Umwelt- und Naturschutzstandards unter Druck. In politischen Debatten wurde immer häufiger gefordert, Umweltvorgaben abzubauen, Verfahren zu vereinfachen und wirtschaftlichen Interessen größeres Gewicht einzuräumen. Zentrale Elemente des europäischen Green Deal wurde zunehmend infrage gestellt wurden. Gleichzeitig nahm der Druck auf die organisierte Zivilgesellschaft spürbar zu. Umweltverbände sahen sich verstärkten Angriffen ausgesetzt, während rechtspopulistische Kräfte weiter an Einfluss gewannen.

Der DNR und seine Mitgliedsorganisationen haben diese Entwicklungen aktiv begleitet. Gemeinsam bündelten sie ihre fachliche Expertise, entwickelten gemeinsame Positionen und brachten diese in politische Prozesse auf nationaler und europäischer Ebene ein. Im Mittelpunkt standen unter anderem die Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung für die Natur, die Fortführung des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz, die Weiterentwicklung der Energiewende sowie die Verteidigung zentraler Klima- und Umweltziele. Zugleich setzte sich der DNR gemeinsam mit zahlreichen Partnern für eine starke Demokratie, den Schutz zivilgesellschaftlicher Freiräume und eine sozial-ökologische Transformation ein.

2025 war auch für den DNR selbst ein besonderes Jahr. Mit seinem 75-jährigen Bestehen blickte der DNR auf eine lange Geschichte des Engagements für Umwelt, Natur und Demokratie zurück. Gerade in Zeiten großer Unsicherheit zeigt sich, wie wichtig starke Verbände, verlässliche Bündnisse und eine aktive Zivilgesellschaft sind.

2025 hat deutlich gemacht: Natur-, Klima- und Umweltschutz lassen sich nicht losgelöst von Demokratie, gesellschaftlichem Zusammenhalt und einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung denken. Der DNR wird sich deshalb auch künftig gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen dafür einsetzen, diese Zusammenhänge sichtbar zu machen und die Interessen des Natur-, Tier-, Umwelt- und Klimaschutzes mit einer starken Stimme in die politischen Debatten einzubringen.



Kai Niebert

Prof. Dr. Kai Niebert
DNR-Präsident

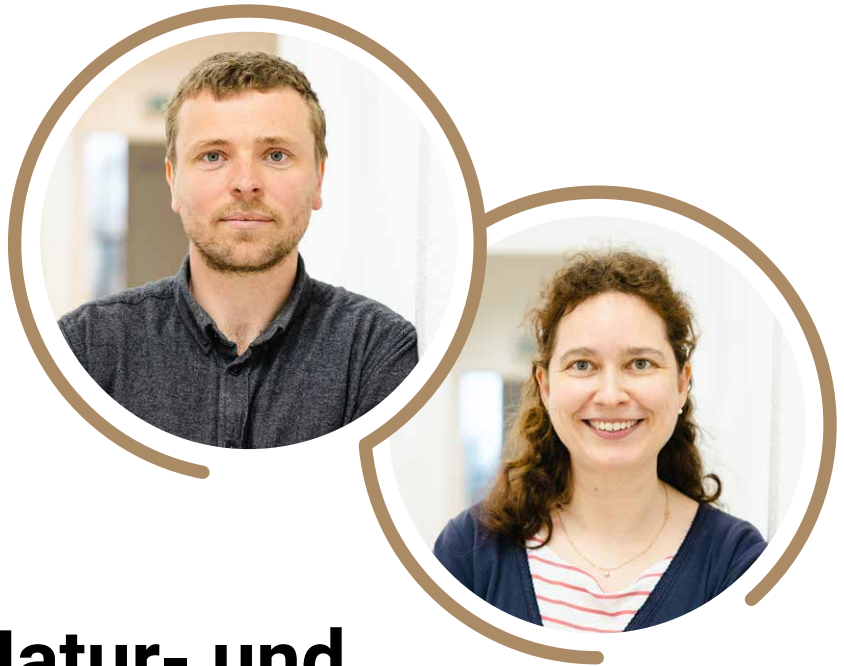


Florian Schöne

Florian Schöne
DNR-Geschäftsführer







IM FOKUS

Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik

„Die Schlagworte ‚Bürokratieabbau‘ und ‚Wettbewerbsfähigkeit‘ dienen zunehmend als Angriff auf zentrale Errungenschaften des Umweltschutzes. Statt überfällige Veränderungen in der Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik anzupacken, werden notwendige Reformen ausgebremst oder blockiert. Umso wichtiger ist es, Rückschritten entschieden entgegenzutreten und für die ambitionierte Wiederherstellung der Natur, eine naturverträgliche Landnutzung und besseren Tierschutz einzutreten.“

Björn Pasemann & Svenja Schünemann, Referent*innen für Naturschutz und Agrarpolitik



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Lavinia Roveran (abwesend), Florian Schöne, Svenja Schünemann, Björn Pasemann, Astrid Goltz (02/2025 bis 04/2025), Katharina Schuster (09/2025 bis 12/2025)



Mehr Informationen im Internet:

www.dnr.de/themen/agrar-natur-und-tierschutzpolitik



IM FOKUS

Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik

Das Jahr 2025 begann mit der Bundestagswahl und den anschließenden Koalitionsverhandlungen. Der DNR brachte sich mit seinen Forderungen und fachpolitischen Impulsen ein, um substantielle Verbesserungen in der Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik anzustoßen. Im weiteren Verlauf des Jahres stand die Umsetzung der Wiederherstellungsverordnung (W-VO) im Fokus, die von Landnutzerverbänden, aber auch Landesagrarminister*innen zunehmend unter Druck geriet. Positiv hervorzuheben ist die Fortführung und Weiterentwicklung des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz (ANK), auch wenn zentrale Förderrichtlinien immer noch ausstehen.

Insgesamt war das Jahr 2025 von drohenden Abschwächungen im Natur- und Umweltschutz geprägt: durch den Entwurf des Infrastrukturzukunftsgesetzes, der Herabstufung des Schutzstatus des Wolfes, den Umwelt-Omnibus oder den Food-and-Feed-Safety-Omnibus auf EU-Ebene.

Parallel dazu setzte sich 2025 die agrarpolitische Kehrtwende des Vorjahres fort. Mit dem von der EU-Kommission vorgelegten GAP-Vereinfachungspaket sowie den Vorschlägen der Europäischen Kommission zur Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2027 drohen deutliche Rückschritte zulasten des Agrarnaturschutzes. Notwendige Weiterentwicklungen, die diesen Tendenzen zumindest teilweise entgegenwirken könnten – etwa durch die Einführung zusätzlicher Öko-Regelungen – wurden auch im Jahr 2025 nicht umgesetzt.

Die Abschaffung der Stoffstrombilanzverordnung und des Zukunftsprogramms Pflanzenschutz, die geplante Deregulierung der neuen Gentechnik, die künftige Streichung der Mittel des Bundesprogramms zum Umbau Tierhaltung sowie Verzögerungen zur Umsetzung der Tierhaltungskennzeichnung markieren die Eckpunkte einer Agrarpolitik, welche die Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft, des Strategischen Dialogs zur Zukunft der EU-Landwirtschaft und des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung zunehmend außer Acht lässt.

Der DNR stellte sich diesen Entwicklungen mit verschiedenen Initiativen entgegen. Unter anderem mit einem breiten Verbändeappell zur entschlossenen Umsetzung der W-VO und der Erarbeitung eines „12-Punkte-Plans“ für

eine zukunftsfähige Landwirtschaft“, mit dem die Kernforderungen der Umweltorganisationen erneut gebündelt in den politischen Prozess eingebracht wurden.

Das Agrar-, Natur- und Tierschutzteam des DNR koordinierte die Mitgliedsorganisationen zu diesen und weiteren Themen, organisierte regelmäßige Strategietreffen, politische Termine und Veranstaltungen, erarbeitete Presseaussendungen und gemeinsame Positionen, veröffentlichte Hintergrundpapiere zu verschiedenen politischen Prozessen und war im regelmäßigen Austausch mit den Ministerien auf Bundes- und Länderebene.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DER INSTITUTIONELLEN FÖRDERUNG

Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP)

Für den Umbau hin zu einem nachhaltigen und naturverträglichen Agrar- und Ernährungssektor nimmt die EU-Agrarpolitik (GAP) weiterhin eine zentrale Lenkungswirkung ein. Im Jahr 2025 setzte sich der DNR kontinuierlich für Verbesserungen des nationalen Strategieplans ein und begleitete aktuelle Entwicklungen mittels Öffentlichkeitsarbeit und Advocacy, u.a. durch Pressearbeit anlässlich der Agrarministerkonferenzen sowie fachlichen Austausch mit Umweltverbänden, Vertreter*innen der Länder und Bundesministerien. Ein Fokus lag auf der Beibehaltung wirksamer Grundanforderungen in der Agrarförderung, die 2025 durch das GAP-Omnibus-Paket abgeschwächt wurden. Darüber hinaus engagierte sich

der DNR für die Einführung und Ausgestaltung neuer Öko-Regelungen für Weidehaltung und den Biotopverbund. Mit Blick auf die GAP nach 2027 setzt sich der DNR für eine Weiterentwicklung inklusive ambitionierter Umweltstandards sowie verbindliche Mindestbudgets zur Honorierung von Umweltleistungen ein. Die Mitarbeit im Rahmen der GAP-Verbändeplattform wurde fortgesetzt und an Stellungnahmen mitgewirkt. Der DNR ist zudem Mitglied im GAP-Begleitausschuss des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH).

Pestizide

Die neue Bundesregierung hat das Zukunftsprogramm Pflanzenschutz der Vorgängerregierung gestrichen. Dennoch hat sie sich im Koalitionsvertrag verpflichtet, den Umfang und das Risiko beim Einsatz von Pestiziden zu mindern. Der DNR stand hierzu auch 2025 in regelmäßigem Austausch mit seinen Mitgliedsverbänden. Der DNR warb gegenüber der Bundesregierung für verbindliche und wirksame Maßnahmen zur Pestizidreduktion und konkrete Finanzierungsmechanismen wie die Einführung einer Pestizidabgabe. Neben der Beibehaltung der Umweltrisikobewertung und des Einvernehmens des Umweltbundesamtes im Zulassungsverfahren, war auch die Einrichtung eines bundesweiten Registers zur Dokumentation des Pestizideinsatzes weiterhin ein wichtiges Anliegen. Außerdem beteiligte sich der DNR an der Erstellung einer neuen Studie zur Pestizidreduktion. Ein weiterer Fokus lag auf der geplanten Deregulierung im Rahmen des „Food and Feed Safety Omnibus“ zur unbefristeten Genehmigung von Wirkstoffen.

„Wir haben es satt!“-Demonstration am 18.01.2025



Neue Gentechnik

Der DNR engagierte sich auch 2025 in den fortgeschrittenen Diskussionen zum Verordnungsentwurf der EU-Kommission zu neuen genomischen Techniken (NGT). Ziel war weiterhin die Wahrung des Vorsorgeprinzips, Wahlfreiheit für Landwirtschaft und Verbraucher*innen sowie Rückverfolgbarkeit und Koexistenz mit gentechnikfreier Landwirtschaft sicherzustellen. Mittels Öffentlichkeitsarbeit und Briefen hat sich der DNR gegen die weitgehende Deregulierung des Verordnungsentwurfs eingesetzt. Als Mitglied der International Union for Conservation of Nature (IUCN) und Focal Point der deutschen IUCN-Mitglieder hat der DNR mit dem Mitgliedsverband „Save Our Seeds“ insbesondere auf die Gefahren für die Biodiversität aufmerksam gemacht. Ferner fanden Gespräche im Verbändekreis statt, um den bei der Zukunftsstiftung Landwirtschaft angesiedelten, fachlich sehr qualifizierten „Informationsdienst Gentechnik“ fortführen zu können.

Reduktion von Düngemitteln

Auch unter der neuen Bundesregierung besteht dringender Handlungsbedarf zur Novellierung des Düngerechts. Dies wird nicht zuletzt durch die jüngsten Urteile des Bundesverwaltungsgerichts unterstrichen. Der DNR setzte sich 2025 für wirksame und verursachergerechte Regelungen zur Reduktion der Nährstoffüberschüsse ein. Der DNR brachte sich hierzu auch gemeinsam mit der Nitratinitiative, einem gemeinsamen Verbändebündnis, ein. Die Streichung der Stoffstrombilanzverordnung im Jahr 2025 kritisierte der DNR deutlich. Der DNR engagierte sich weiter für eine verbindliche Verankerung einer einzelbetrieblichen, bundesweit einheitlich angewandten Nährstoffbilanzierung sowie für die Honorierung niedriger Nährstoffsalden.

Ausbauziel Ökolandbau

Deutschland ist noch immer weit davon entfernt, das europäische Ziel von 25 Prozent bzw. das nationale Ziel von 30 Prozent Ökolandbau bis 2030 zu erreichen. Gemeinsam mit seinen Mitgliedsverbänden aus der ökologischen Landwirtschaft unterstützte der DNR diese Ausbauziele und machte sich für die konsequente Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen stark: ausreichende Finanzierung und Förderprogramme, Stärkung der Wertschöpfungsketten, ernährungspolitische Maßnahmen und Unterstützung durch die öffentliche Beschaffung. Insbesondere das Budget für das Bundesprogramm Ökologischer Landbau (BÖL) sorgte im Jahr 2025 für Diskussionen im Rahmen der Haushaltsverhandlungen.

Umbau der Tierhaltung

Ein zentraler Hebel für eine zukunftsfähige Landwirtschaft bleibt der konsequente Umbau hin zu einer Tierhaltung, die gesellschaftlich akzeptiert und ökologisch vertretbar

ist. Deshalb engagierte sich der DNR 2025 gemeinsam mit seinen Mitgliedsverbänden für die Umsetzung einer langfristigen Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung. Die Kürzung bzw. Verlagerung der Mittel des Bundesprogramms zum Umbau der Tierhaltung (BUT) stellt einen deutlichen Rückschritt dar, der die Investitionen und zögerlichen Initiativen für mehr Tierschutz in den Ställen gefährdet. Weitere Themen waren die Einführung einer Öko-Regelung für Weidehaltung sowie die Umsetzung des mehrfach verschobenen Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes. Durch die Etablierung eines regelmäßigen Austauschs der Tierschutzorganisationen wurde das Thema Tierschutz unter den DNR-Mitgliedsorganisationen gestärkt.

Bodenschutz

Der DNR hat die politischen Entwicklungen zur neuen Richtlinie zur Bodenüberwachung (Soil Monitoring Law) weiterverfolgt. Mehr als 60 Prozent der europäischen Böden gelten als geschädigt und die Lage verschlechtert sich weiter. Im Oktober 2025 hat sich der DNR daher gemeinsam mit 51 Organisationen gegenüber dem EU-Parlament für ein wirksames EU-Bodenüberwachungsgesetz eingesetzt.

Biodiversitätspolitik

Die europäische und die nationale Biodiversitätsstrategie geben ambitionierte Ziele vor, die erfolgreich in die Umsetzung gebracht werden müssen, um dem dramatischen Verlust an Arten und Lebensräumen entgegenzuwirken.

Der DNR stand hierzu in regelmäßigem, strategischem Austausch mit seinen Mitgliedsorganisationen und unterstützte die Vernetzung und den fachlichen Austausch mit Vertreter*innen des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) und des Bundesamts für Naturschutz (BfN). Themenschwerpunkte waren das ANK, die EU-Wiederherstellungsverordnung und die drohende Abschwächung von Naturschutzrecht auf EU-Ebene sowie im Rahmen des Infrastrukturkukunftsgesetzes der Bundesregierung. Der DNR warb für die Umsetzung des ersten Aktionsplans der Nationalen Biodiversitätsstrategie und nahm u.a. am NBS-Verbändeforum teil.

EU-Wiederherstellungsverordnung (W-VO)

Die EU-Wiederherstellungsverordnung geriet 2025 durch öffentliche Kritik von Landnutzerverbänden und Landesagrarminister*innen zunehmend unter Druck. Der DNR warb im Rahmen der Kampagne „Restore Nature“ für die Umsetzung der Verordnung und vernetzte sich regelmäßig mit europäischen Umweltverbänden und seinen Mitgliedern. Mit einem gemeinsamen Verbändeappell unter dem Dach des DNR, Pressearbeit und Briefen unterstrich

der DNR die Wichtigkeit der Verordnung und reagierte auf die zunehmende Kritik. Der DNR nahm außerdem an den Stakeholderveranstaltungen von BMUKN und BMLEH teil und brachte sich auf der Beteiligungsplattform zur Wiederherstellung der Natur ein. Ergänzend beteiligte sich der DNR 2025 maßgeblich an der Organisation weiterer Beteiligungsveranstaltungen zur Wiederherstellungsverordnung im Rahmen des Deutschen Naturschutztages.

Natürlicher Klimaschutz, Landnutzung und Moorschutz

Natürlicher Klimaschutz kann entscheidende Synergien von Klimaschutzmaßnahmen und Naturschutz schaffen. Der Landnutzungssektor stellt trotz Fortschritten in der Förderpolitik - insbesondere durch das ANK - weiterhin eine erhebliche Emissionsquelle dar. Auch das Gerichtsurteil zur Verfehlung der Klimaschutzziele im Bereich Landnutzung macht deutlich, dass die Bundesregierung hier zügig nachsteuern muss. Der DNR setzte sich daher für verstärkte Klimaschutzmaßnahmen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft unter Berücksichtigung von Naturschutzzielen ein und vernetzte die Verbände zur Verbesserung des Klimaschutzes im Landnutzungssektor.

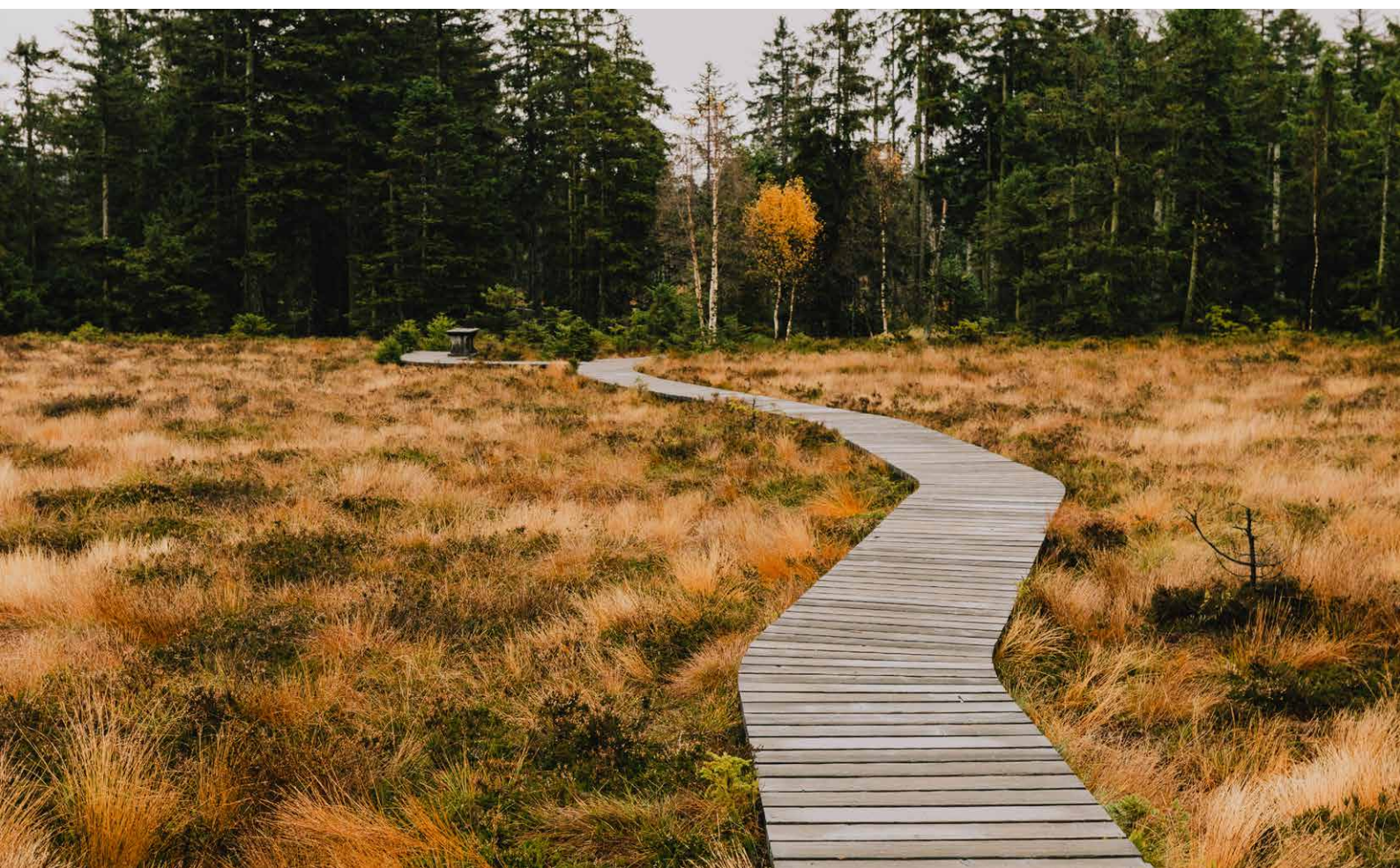
Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK)

Das ANK bietet die Chance, eine umfassende Förderung für ökosystembasierte Klimaschutzmaßnahmen zu ermöglichen. Seit der Verabschiedung im März 2023 begleitet der DNR das Programm sowie die Ausgestaltung

der entsprechenden Förderrichtlinien mit regelmäßigen Austauschrunden der Verbände sowie von Vertreter*innen von BMUKN, Zukunft-Umwelt-Gesellschaft (ZUG) und BfN. Der DNR hat sich 2025 für eine Verstärkung und einen Ausbau des ANK in der neuen Legislaturperiode eingesetzt und begrüßt ausdrücklich die Fortführung durch die aktuelle Bundesregierung. Gemeinsam mit seinen Mitgliedsverbänden setzte sich der DNR kontinuierlich für den Start noch ausstehender Förderrichtlinien ein, ob zur Paludikultur, Auenrenaturierung, dem klimaangepassten Waldmanagement Plus oder der Förderung von Kümmererstrukturen. Auch die Weiterentwicklung des ANK begrüßte der DNR.

Moorschutz

Der DNR setzte 2025 seine Arbeit zur Koordination der Verbände zum Moorschutz fort und trat für eine Verbesserung der Finanzierung und des Rechtsrahmens zur Beschleunigung der Wiederherstellung der Moore ein. Zudem wurden die Potenziale naturbasierter Lösungen für den Klimaschutz sowie nasser, innovativer Nutzungsmöglichkeiten von Mooren (Paludikultur) weiter in Politik und Verbandslandschaft getragen. Die nationale Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung sowie die gerichtlich festgestellte Notwendigkeit zur Nachbesserung der Klimaschutzmaßnahmen im Landsektor boten 2025 weitere Anknüpfungspunkte für das Engagement des DNR im Moorschutz.





Nationales Naturerbe und Wildnis

Der DNR engagiert sich für das Nationale Naturerbe und das Zwei-Prozent-Wildnis-Ziel. Hierfür vernetzt er die privatrechtlichen Stiftungen und Verbände mit Eigentumsflächen im Nationalen Naturerbe und vertritt diese im vom Bundesumweltministerium initiierten „Naturerbe-Rat“. In der vom DNR ins Leben gerufenen „Initiative Wildnis in Deutschland“ engagieren sich derzeit 21 Naturschutzorganisationen für mehr großflächige Wildnisgebiete in Deutschland.

Gewässerschutz

Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) war auch 2025 Schwerpunkt bei regelmäßigen Austauschrunden mit den Mitgliedsverbänden. Das Ziel, alle Gewässer bis 2027 in einen guten ökologischen und chemischen Zustand zu überführen, scheint auch von Deutschland deutlich verfehlt zu werden. Gemeinsam setzten sich die Umweltverbände dafür ein, dass die WRRL nicht abgeschwächt wird, sondern der Gewässerschutz insgesamt gestärkt wird. Im Fokus stand außerdem die Organisation des Gewässerschutzforums der Umweltorganisationen, welches am 28.11.2025 mit über 700 Anmeldungen zum Thema „Durchgängigkeit und Wiederherstellung: Zukunftsperspektiven für unsere Flüsse“ großen Anklang fand.

Waldpolitik

Der DNR stand 2025 im regelmäßigen Austausch mit seinen Mitgliedsorganisationen und den Bundesministerien

zu aktuellen Themen der Waldpolitik. Der Schwerpunkt lag auf der Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung, dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) sowie einzelnen Förderprogrammen. In Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsverbänden brachte sich der DNR auch im Waldbereich mit Forderungen zum Klimaschutzprogramm der Bundesregierung ein. Zentrale Forderungen waren bundeseinheitliche Mindeststandards der Waldbewirtschaftung, eine stärkere Förderung der Waldmehrung und mehr Fortschritte bei der Ausweitung von Naturwaldflächen im Staatswald.

Grenzübergreifende Allianz zum Natur- und Hochwasserschutz an der Oder

Das gemeinsame Engagement mit weiteren Umweltorganisationen im „Aktionsbündnis lebendige Oder“ zum länderübergreifenden Schutz der Oder vor den Ausbauplänen der polnischen Regierung wurde 2025 fortgeführt. So wurde das Klageverfahren gegen das Ausbauvorhaben fortgesetzt und auf Einhaltung des Gerichtsbeschlusses für einen vorläufigen Baustopp gedrängt. Ende Januar 2025 wurde der Beschluss gegen die Genehmigung des Oder-Ausbaus erneut bestätigt.

Meeresschutz

Der DNR nahm 2025 an regelmäßigen Runden mit den Umwelt- und Entwicklungsverbänden zum Meeresschutz teil und verschickte zu Beginn der neuen Legislaturperiode das gemeinsame Forderungspapier „Meerespolitik

2025 – Eine Zukunft für Meer und Mensch“ an einen breiten Verteiler von Stakeholdern in Politik und Verwaltung. Hieraus ergaben sich weitere, vom DNR koordinierte Gesprächstermine.

Tier- und Artenschutz

In Zusammenarbeit mit Pro Wildlife und AAP wurde innerhalb des DNR eine neue monatliche Verbänderunde zur Tierschutzpolitik eingerichtet, um den Austausch der Mitgliedsorganisationen zu Heim- und Wildtieren sowie der Tierhaltung in der Landwirtschaft zu fördern. Zum Auftakt der neuen Legislaturperiode wurden Gesprächstermine mit Ministerien organisiert und mit zahlreichen Mitgliedsorganisationen am 05.11.2025 zu einem Parlamentarischen Abend zum Thema Positivliste für Heimtiere eingeladen.

Deutscher Naturschutztag (DNT)

Der DNR war 2025 intensiv in die Vorbereitungen des 38. Deutschen Naturschutztags eingebunden, der vom 10. bis 14. März 2026 unter dem Motto „NATUR MENSCH ZUKUNFT“ in Berlin stattfand. Im Fokus stand die Koordination und Finalisierung von Programmelementen in Abstimmung mit dem gesamten Organisationsteam.

IUCN

Der DNR ist Mitglied und focal point der deutschen IUCN-Mitglieder (International Union for Conservation of Nature) und vernetzt bei Bedarf die deutschen Mitglieder. Im Fokus stand 2025 weiterhin die Positionierung der IUCN zur synthetischen Biologie. Das DNR-Mitglied Save Our Seeds hat sich in Zusammenarbeit mit dem DNR im Oktober 2025 beim World Congress der IUCN in Abu Dhabi intensiv hierzu eingebracht.

TÄTIGKEITEN DES DNR IM RAHMEN VON DRITTMITTELGEFÖRDERTEN PROJEKTEN

CAP4GI – GAP für vielfältige Landschaften

(gefördert durch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) als Projektträger des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF))

Projektreferent für Naturschutz und Agrarpolitik (Björn Pasemann)

Das Verbundprojekt „CAP4GI-GAP für vielfältige Landschaften“ zur Entwicklung von Vorschlägen für eine Verbesserung der grünen Infrastruktur im Rahmen der GAP kam 2025 zum Abschluss. Bei der Abschlussveranstaltung des Projekts konnten umfassende Empfehlungen zur Verbesserung der GAP präsentiert und zahlreichen Vertreter*innen aus Politik, Ministerien und Verbänden vorgestellt werden.

Abschlussveranstaltung CAP4GI, Januar 2025





IM FOKUS

Klima und Energie



„Die geopolitischen Spannungen und die Energiepreiskrisen der vergangenen Jahre haben deutlich gemacht: Der schnelle Ausbau erneuerbarer Energien und die konsequente Elektrifizierung sind nicht nur ökologisch notwendig. Sie sind auch entscheidend für Resilienz und wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Weltweit wächst die Nutzung von Wind- und Solarenergie rasant. In Mobilität und Wärme setzen immer mehr Länder auf E-Autos und Wärmepumpen. Die aktuelle Bundesregierung hingegen tritt auf die Bremse.

Unsere Aufgabe ist es daher, gemeinsam mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft klar zu benennen, was klimapolitisch notwendig ist. Gleichzeitig müssen wir die geopolitischen und ökonomischen Risiken fossiler Abhängigkeiten sichtbar machen – und die Chancen von Erneuerbaren und moderner Clean-Tech hervorheben.“

Tobias Pforte-von Randow, Koordinator Politik und Gesellschaft und stellvertretender politischer Geschäftsführer



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Tobias Pforte-von Randow, Alexander Kräß, Birthe März, Christina Stoldt, Mateja Kahmann



Mehr Informationen im Internet:

www.dnr.de/themen/klima-und-energie-0



IM FOKUS

Klima und Energie

Auch im Jahr 2025 überlagerten aktuelle Krisen und geopolitische Spannungen die Aufmerksamkeit für den Klimaschutz. Das zeigt sich auch im Koalitionsvertrag der Regierung von Union und SPD, die sich im März konstituierte. Während die Zuständigkeit für den Klimaschutz aus dem Wirtschafts- in das Umweltministerium verlagert wurde, sollten nach Koalitionsvertrag wesentliche Gesetze aus der vorherigen Ampel-Koalition revidiert werden, darunter das Gebäude-Energiegesetz (GEG). Viele Formulierungen des Vertrages ließen erahnen, dass eine konsequente Klimazielerreichung nicht mehr oberste Priorität hatte. So „steht“ man zu den Klimazielen oder hat sie „im Blick“. Aus dem Bundeswirtschaftsministerium waren im Jahr 2025 vorwiegend Ankündigungen zu hören, die eine detaillierte Bewertung unmöglich machten.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DER INSTITUTIONELLEN FÖRDERUNG

Nationale Klima- und Energiepolitik Auftakt regelmäßiger Verbändeaustausch zum Klimaschutzprogramm

Laut Klimaschutzgesetz ist die Bundesregierung verpflichtet, spätestens zwölf Monate nach Beginn einer Legislaturperiode ein Klimaschutzprogramm (KSP) zu beschließen. Das BMUKN wollte den Entwurf bereits im November 2025 im Kabinett beschließen (dies wurde mit einer offiziellen Frist auf März 2026 verschoben). Bis Ende

September 2025 sollten die Maßnahmen der jeweiligen Ministerien beim BMUKN vorgelegt werden. Vor diesem Hintergrund gab es regelmäßige Austauschrunden mit unseren Mitgliedern. Zudem wurden ein Nonpaper sowie ein ausführlicher Forderungskatalog zum Klimaschutzprogramm erarbeitet.

Planungsbeschleunigung

Der DNR vernetzte erneut seine Mitglieder beim Thema Planungsbeschleunigung aus Umweltsicht, erarbeitete gemeinsame Fachpapiere und stieß zusammen mit seiner Mitgliedsorganisation, dem Unabhängigen Institut

für Umweltfragen (UfU) ein von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördertes Projekt zur Verwaltungsbeschleunigung im Bereich der Zulassungs- und Genehmigungsbehörden an.

Gemeinsam mit den Verbände-Fachleuten im Bereich Umweltrecht wurde eine Runde zum Thema Umwelt- und Genehmigungsrecht ins Leben gerufen. Ziel des Austausches war eine Identifizierung von Handlungsoptionen zur Beschleunigung notwendiger Infrastrukturmaßnahmen bei gleichzeitiger Einhaltung bestmöglicher Standards im Bereich Öffentlichkeitsbeteiligung und Naturschutz.

Angesichts der Bestrebungen der Bundesregierung zur Vereinfachung und Deregulierung des Rechtsschutzes (Verbandsklage) fanden im Verbändekreis darüber hinaus regelmäßige Austauschformate statt, um aktuelle Entwicklungen zu beraten und sachliche Argumente aufzubereiten.

Plattform Wirtschaftswandel/ Zivile Enquete

Auch 2025 übernahm der DNR die Koordination und Begleitung der Plattform Wirtschaftswandel/Zivile Enquete, einem Netzwerk zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Organisationen, das sich mit der derzeitigen Wirtschaftsweise und deren Auswirkungen beschäftigt.

Digitalisierung

Der DNR engagierte sich weiterhin im wachsenden Trägerkreis des Bündnisses „Bits & Bäume“ durch die Mitarbeit an Stellungnahmen sowie die Erstellung von Forderungen zur Bundestagswahl 2025. Das Bündnis „Bits & Bäume“ formulierte seine digitalpolitischen Forderungen für die Bundestagswahl und die nächste Bundesregierung. Der DNR war hier im Bereich der Forderungen und mit Pressearbeit aktiv. Seit Ende 2025 rückte für das Bündnis das Thema „Digitale Souveränität“ stärker in den Fokus.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN VON DRITT-MITTELGEFÖRDERTEN PROJEKTEN

Klima- und Energiepolitik

Referentin für Klima- und Energiepolitik, insbesondere erneuerbare Energien und Gebäude (Birthe März) (gefördert durch die European Climate Foundation [ECF])
Projektreferent für Klimaschutz und Transformationspolitik, insbesondere Gas und Wasserstoff (Alexander Kräß)

Im Rahmen einer Projektförderung kommentierte und begleitete der DNR Aktivitäten rund um das Thema erneuerbare Energien und Strommarkt eng gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen. Parallel dazu war

der DNR mit weiteren Akteuren wie Energieverbänden, Gewerkschaften und der Wissenschaft im Austausch zum Ausbau der erneuerbaren Energien und koordinierte mehrere gemeinsame Aktionen (bspw. Briefe oder Social-Media-Aktivitäten).

Ferner wurden regelmäßige Austauschrunden zum Thema Gas und Wasserstoff mit dem Ziel organisiert, insbesondere fossilen Wasserstoff auszuschließen und Wasserstoff nur in Sektoren ohne Möglichkeiten der Elektrifizierung einzusetzen. In diesem Rahmen koordinierte der DNR auch Konsultationen zum künftigen Umgang mit den Gasnetzen und erarbeitete Stellungnahmen zur Beschleunigung des Wasserstoffhochlaufs. Zudem nahm der DNR an Austauschrunden und Formaten der Mitglieder teil, um den weiteren Umgang mit der LNG- und Gasinfrastruktur zu begleiten. Die entsprechenden Initiativen der Mitglieder hierzu hat der DNR mit unterstützt.

Im Jahr 2025 stand die energie- und klimapolitische Arbeit zunächst stark im Zeichen der politischen Entwicklungen rund um die Bundestagswahl 2025 sowie der damit verbundenen programmatischen und strategischen Weichenstellungen. Bereits zu Beginn des Jahres lag ein Schwerpunkt auf der Vorbereitung der energie- und klimapolitischen Debatten im Wahljahr. In enger Abstimmung mit den Organisationen wurden u.a. zentrale energiepolitische Anliegen gebündelt und gemeinsame Kernforderungen für die anstehenden Koalitionsverhandlungen entwickelt. Neben der fachlichen Ausarbeitung dieser Positionen wurden auch strategische Überlegungen zum weiteren Vorgehen sowie Perspektiven für die kommende Legislaturperiode erarbeitet.

Erneuerbare Energien

Im Sommer 2025 und im Nachgang zur Bundestagswahl wurde gemeinsam mit einigen Mitgliedsorganisationen ein parlamentarisches Frühstück durchgeführt. Die Veranstaltung diente dazu, zentrale energiepolitische Positionen der beteiligten Organisationen vorzustellen und mit Bundestagsabgeordneten zu diskutieren. Gleichzeitig bot sie eine wichtige Gelegenheit, bestehende Kontakte zu vertiefen und neue Ansprechpartner*innen im parlamentarischen Raum kennenzulernen.

Darüber hinaus und im Rahmen der Koordinierung rund um das Thema Strommarkt/-design wurde u.a. im Juli 2025 ein Positionspapier zu bezahlbaren Strompreisen in einem klimaneutralen und sozial gerechten Energiesystem veröffentlicht. Ergänzend dazu wurde gemeinsam mit mehreren Umweltverbänden eine Studie zu zeitvariablen Netzentgelten in Auftrag gegeben, die vom Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität zu Köln (EWI) erarbeitet wurde. Das Gutachten wurde im November im

Rahmen eines Strommarkttreffens durch das EWI und den DNR vorgestellt und gemeinsam mit Fachexpert*innen diskutiert. Ende November 2025 gab es ein vom DNR und der DUH organisiertes Fachgespräch zum Thema Strompreiszonen, bei dem gemeinsam mit Expert*innen aus Wissenschaft, Politik und Praxis über die Frage möglicher Strompreiszonen sowie deren Auswirkungen auf das Energiesystem diskutiert wurde.

Ein weiterer bedeutender Teil der Arbeit im Jahresverlauf bezog sich auf das Energiewende-Monitoring, dessen Veröffentlichung im September 2025 intensiv begleitet wurde. Im Anschluss daran begann der DNR gemeinsam mit den Organisationen die Vorbereitung auf die anstehende Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Dabei standen u.a. Fragen zur Absicherung der Ausbauziele und Ausbaupfade für erneuerbare Energien, die zukünftige Finanzierung des Ausbaus, die Naturschutzkriterien bei PV-Freiflächenanlagen (PV-FFA) sowie Netzanschlussfragen im Fokus.

Des Weiteren wurde 2025 ein gemeinsames Verbändepapier zum Thema Offshore-Windenergie erarbeitet, das im Januar 2026 zum Nordsee-Gipfel veröffentlicht wurde. Im Bereich PV-FFA gab es im März 2025 einen gemeinsamen Workshop mit dem Fraunhofer ISE zu den ökologischen Potenzialen von PV-Freiflächenanlagen. Die

Ergebnisse konnten in die Empfehlungen hinsichtlich der Naturschutzkriterien bei PV-FFA für die anstehende EEG-Novelle einfließen.

Im institutionellen Bereich begleitete der DNR über eine Vorstandsmitgliedschaft bei der Fachagentur Wind und Solar (vormals FA Wind) intensiv den Prozess zur Änderung der Satzung und zur Erweiterung der Aufgaben der Fachagentur um den Bereich Solarenergie.

Gas und Wasserstoff

Im Jahr 2025 war die Arbeit des DNR im Gasbereich ebenso wie im Bereich der erneuerbaren Energien maßgeblich durch die politischen Entwicklungen rund um die Bundestagswahl sowie die anschließenden Koalitionsverhandlungen und die Neuausrichtung der Bundesregierung geprägt. Beide Prozesse wurden inhaltlich eng begleitet. Bereits im Vorfeld der Wahl erarbeitete der DNR zentrale Forderungen für den Gas- und Wärmebereich und erstellte im weiteren Verlauf des Wahlkampfs einen Faktencheck zu zentralen Fragen rund um Gas und Wärme. Während der Koalitionsverhandlungen setzte sich der DNR gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen insbesondere für den Erhalt des Gebäudeenergiegesetzes sowie für die Schaffung eines Rechtsrahmens ein, der Kommunen eine strategische Planung und Umsetzung der Stilllegung von Gasnetzen ermöglicht.





Verbandetreffen mit
Bundesverkehrsminister
Patrick Schnieder,
29.08.2025

Nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen verlagerte sich der Fokus auf die konkrete Ausgestaltung des Gasausstiegs in den zentralen Handlungsfeldern Strom, Wärme, Gasinfrastruktur sowie dem Hochlauf von grünem Wasserstoff. In diesem Kontext standen insbesondere die geplante Kraftwerksstrategie der Bundesregierung, die Einführung einer Grüngasquote sowie die Reform des Gebäudeenergiegesetzes im Mittelpunkt.

Im Bereich des Stromsektors lag ein Schwerpunkt auf der Kraftwerksstrategie und den damit verbundenen Planungen zum Neubau von Gaskraftwerken. Aus Sicht der Umweltorganisationen kommt es hierbei entscheidend darauf an, den zukünftigen Kapazitätsbedarf vorrangig durch Flexibilitätsoptionen und erneuerbare Energien zu decken und einen überdimensionierten Ausbau fossiler Kapazitäten zu vermeiden. Der Einsatz von CCS an Gaskraftwerken wird in diesem Zusammenhang kritisch bewertet, da er bestehende fossile Infrastrukturen verlängern würde.

Zur Bündelung und Weiterentwicklung dieser Positionen koordinierte der DNR seit dem Sommer 2025 eine gemeinsame Verbänderunde in den Bereichen erneuerbare Energien und Gas. Ziel war es, abgestimmte Positionen zur Kraftwerksstrategie zu entwickeln und diese sowohl in nationale Gesetzgebungsverfahren als auch in die laufenden beihilferechtlichen Prüfverfahren auf europäischer Ebene einzubringen.

Im Wärmesektor bildeten die angekündigte Reform des Gebäudeenergiegesetzes sowie die Diskussion um die Einführung einer Grüngasquote zentrale Arbeitsschwerpunkte. Gemeinsam mit zahlreichen Mitgliedsorganisationen wurden im Sommer und Herbst 2025 mögliche Reformoptionen des GEG analysiert und hinsichtlich ihrer

klima- und sozialpolitischen Auswirkungen bewertet. Auf dieser Grundlage wurde auch eine gemeinsame Positionierung zur Grüngasquote erarbeitet, in der insbesondere deren potenzielle Fehlanreize und Auswirkungen auf den Klimaschutz kritisch eingeordnet wurden.

Neben Strom und Wärme rückte im Jahresverlauf auch die zukünftige Rolle der Gasinfrastruktur verstärkt in den Fokus. Der DNR begleitete seit dem Sommer 2025 insbesondere die nationale Umsetzung des Unitarisierungsabkommens zwischen Deutschland und den Niederlanden, das die Grundlage für mögliche Gasförderungen im Weltnaturerbe Wattenmeer vor Borkum bildet. Der DNR wandte sich gemeinsam mit weiteren Organisationen an zuständige Bundesministerien sowie Landesregierungen, um auf die ökologischen Risiken hinzuweisen und sich gegen die entsprechenden gesetzlichen Regelungen auszusprechen.

Parallel zum Ausstieg aus fossilen Gasinfrastrukturen arbeitete der DNR gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen an den Rahmenbedingungen für einen ambitionierten Hochlauf von grünem Wasserstoff. In diesem Zusammenhang beteiligte sich der DNR im Sommer 2025 an der Konsultation zum Wasserstoffbeschleunigungsgesetz und brachte sich auch im weiteren Gesetzgebungsprozess ein. Darüber hinaus wurden Wechselwirkungen zwischen Wasserstoffhochlauf und weiteren Themen wie der Kraftwerksstrategie kontinuierlich analysiert und in die politische Arbeit eingebracht.

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit war zudem der direkte Austausch mit politischen Entscheidungsträger*innen. In diesem Kontext organisierte der DNR im November 2025 ein parlamentarisches Frühstück im Deutschen Bundestag. Ziel war es, zentrale Positionen zu den Themen

Kraftwerksstrategie, Wasserstoffhochlauf, Gasförderung und LNG-Projekte sowie zur zukünftigen Entwicklung der Gasnetzinfrastruktur zu diskutieren. Gleichzeitig bot die Veranstaltung die Möglichkeit, bestehende Kontakte zu vertiefen und den fachpolitischen Austausch weiter auszubauen.

Industriepolitik (gefördert durch die European Climate Foundation [ECF])

Projektreferentin für nationale und europäische Industriepolitik (Christina Stoldt)

Das Jahr 2025 stand zu Beginn ganz im Zeichen der Bundestagswahl. Im Vorfeld erarbeitete der DNR Rapid-Response-Materialien, um potenzielle Falschaussagen zu industriepolitischen Themen im Wahlkampf schnell und fundiert beantworten zu können. Parallel wurden industriepolitisch tragfähige Forderungen und Formulierungsvorschläge für einen künftigen Koalitionsvertrag entwickelt und in den Koalitionsverhandlungen eingebracht.

Mit der Regierungsbildung und Konstituierung der neuen Ministerien rückten konkrete Gesetzgebungsvorhaben wieder in den Mittelpunkt der Arbeit. Die Reform des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes wurde erneut kritisch begleitet. Gemeinsam mit weiteren Umweltorganisationen setzte sich der DNR mit Briefen, Gesprächen und Stellungnahmen dafür ein, den Einsatz von CCS auf nicht-dekarbonisierbare Industrieprozesse zu begrenzen, anstatt ihn als universelle Lösung zu öffnen.

Auch das Vergabebeschleunigungsgesetz stand auf der politischen Agenda. Priorität hatte hier, die öffentliche Beschaffung konsequent auf klimafreundliche und zirkuläre Kriterien auszurichten. Grüne Leitmärkte können nur entstehen, wenn die öffentliche Hand entsprechende Nachfragesignale setzt. Der DNR brachte seine Positionen über einen Brief sowie eine schriftliche Stellungnahme aktiv ein.

Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt lag auf der Langfriststrategie Negativemissionen und der entsprechenden Koordinierung der Mitglieder. Zentral war dabei die Forderung, dass der Ausbau technischer Senken nicht zulasten natürlicher Senken und bestehender LULUCF-Ziele erfolgen darf. Technische Lösungen können eine ergänzende Rolle spielen, müssen jedoch in einem klaren Verhältnis zu naturbasierten Ansätzen stehen.

Darüber hinaus organisierte der DNR ein parlamentarisches Frühstück zur Industrietransformation, das den Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft stärkte. Ein regelmäßiger Austausch mit Akteuren aus dem industriepolitischen Umfeld, etwa zu Fragen der Elektrifizierung in der Industrie oder der Zukunft der Industriepolitik, rundete die Arbeit ab und trug dazu bei, umweltpolitische Perspektiven frühzeitig in laufende Debatten einzuspeisen. Der DNR ist außerdem im Beirat des Vordenkerwerks vertreten, einem Veranstaltungsformat zu Industriepolitik für Stakeholder aus Wirtschaft, Politik, Industrie und Zivilgesellschaft.

Kreislaufwirtschaft (gefördert durch die European Climate Foundation [ECF])

Projektreferentin für deutsche und europäische Kreislaufwirtschaftspolitik (Mateja Kahmann)

Auf nationaler Ebene setzte sich der DNR dafür ein, die Zukunft der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) in der neuen Regierung zu gestalten. Gemeinsam mit dem Netzwerk Ressourcenwende wurden verschiedene Advocacy-Aktivitäten durchgeführt. Der DNR brachte die Forderungen der Umweltverbände nach verbindlichen Ressourcenzielen und stärkerer Einbindung der Zivilgesellschaft unter anderem bei zentralen politischen Veranstaltungen des BMUKN wie der Fachkonferenz NKWS und dem Spitzenverbändegespräch zur NKWS ein. Im Anschluss an die Veröffentlichung eines Entwurfs für ein neues Aktionsprogramm Kreislaufwirtschaft wurde der Austausch mit Abgeordneten und Mitarbeiter*innen



Kerstin Andreae (BDWE),
Prof. Kai Niebert (DNR),
Andreas Jung (CDU),
von links nach rechts

des Bundestages gesucht, um zu zentralen Themen des Programms wie die nachhaltige Vergabe in den Diskurs zu kommen.

Vor dem Hintergrund der neuen politischen Lage arbeitete der DNR daran, die Strategien und Narrative der Umweltverbände weiterzuentwickeln. Ein Schwerpunkt lag darauf, die Kreislaufwirtschaft stärker mit der Industriepolitik zu verknüpfen. Gemeinsam mit Germanwatch wurde ein Positionspapier erstellt, das die Transformation der Industrie als Hebel für mehr Sichtbarkeit der Kreislaufwirtschaft nutzt. Zudem organisierte der DNR in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Ressourcenwende einen Workshop „Neue Narrative für Suffizienz“ mit externen Expert*innen, um Ansätze für ressourcenschonendes Handeln zu diskutieren und politische Botschaften weiterzuentwickeln.



Fachkonferenz Nationale Kreislaufstrategie (NKWS), 11.04.2025





IM FOKUS

EU-Koordination



„Das Jahr 2025 war in Brüssel von der Frage geprägt, was die Schwerpunkte für die beginnende Legislaturperiode der neuen EU-Kommission sein werden. Europa hätte einen Booster für eine klimaneutrale, gerechte und zukunftsfähige Wirtschaft, die auf Erneuerbaren, Kreislaufwirtschaft und Resilienz basiert, gebraucht. Stattdessen liefert die EU-Kommission einen Stau an Omnibussen, wie sie ihre Entbürokratisierungspakete nennt. Damit baut die EU ungebremst Sozial- und Umweltschutzstandards ab, während sie gleichzeitig paradoxerweise mit dem „Jährlichen Simplifizierungszyklus ein neues Bürokratiemonster schafft.“

Elena Hofmann, Kommissarische Koordinatorin für EU-Politik



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Bjela Vossen (abwesend), Elena Hofmann, Judith Hermann, Christina Stoldt, Mateja Kahmann, Juliane Grüning, Katharina Schuster (bis 08/2025), Martha Dörfler (ab 09/2025)



Mehr Informationen im Internet:

www.dnr.de/themen/eu-umwelt-und-klimapolitik



IM FOKUS

EU-Koordination

Die EU-Koordination bildet seit über 30 Jahren die Schnittstelle für die Umweltverbände zwischen Berlin und Brüssel. Sie stellt die Verzahnung deutscher und europäischer NGO-Arbeit sicher und koordiniert die deutschen Umweltverbände in ihren Strategien und Aktivitäten zur EU-Politik. Dabei arbeitet der DNR eng mit den Brüsseler Dachverbänden zusammen.

Ziel ist es, die deutschen Umwelt- und Naturschutzorganisationen zu befähigen, sich frühzeitig an EU-Gesetzgebungsprozessen zu beteiligen und sicherzustellen, dass die deutschen Umwelt-NGOs sich in die strategisch wichtigen Umwelt- und Klimathemen auch auf europäischer Ebene einbringen und gehört werden. Dies geschieht neben der Bündelung und Koordinierung von Informationen und Aktivitäten – unter anderem über den EU-Umweltnewsletter des DNR – insbesondere durch Strategierunden, Veröffentlichungen, Briefings, Veranstaltungen sowie Briefe und Termine mit EU-Entscheidungsträger*innen.

Im Jahr 2025 lag der Fokus der EU-Koordination darauf, die sozial-ökologische Transformation in der neuen Legislaturperiode weiterhin als Lösungsweg hoch auf der Agenda zu halten, indem die DNR-Forderungen mit den Prioritäten der EU-Kommission wie Wettbewerbsfähigkeit, Entbürokratisierung und einfache, gerechte und kosteneffiziente Implementierung verknüpft wurden.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DER INSTITUTIONELLEN FÖRDERUNG

Neubesetzung der EU-Kommission und neues EU-Parlament

Um die Arbeit der neuen EU-Kommission effektiv begleiten zu können, legte der DNR in den ersten Monaten 2025 einen Schwerpunkt darauf, die EU-Advocacy-Arbeit für die nächsten Jahre durch Capacity Building und Sichtbarkeit bei zentralen Entscheidungsträger*innen zu stärken. Den Start der neuen EU-Kommission begleitete der DNR mit Briefings, Öffentlichkeitsarbeit und Willkommensbriefen an Kommissionspräsidentin von der Leyen und weitere Kommissionsmitglieder mit dem Ziel, die Erwartungen an die kommende Legislatur zu kommunizieren. Diese konnten in verschiedenen Gesprächen mit der EU-Kommission vertieft werden. Für einen Blick auf die geplanten Initiativen der neuen EU-Kommission wurde erneut gemeinsam mit dem BMUV und dem UBA der EU-politische Umweltimpuls zu Schwerpunkten der europäischen Umweltpolitik 2025 durchgeführt.

Darüber hinaus sorgte die EU-Koordination des DNR für einen kontinuierlichen Austausch mit etablierten Kontakten im Europäischen Parlament sowie einen Ausbau neuer Kontakte im Parlament, mit Blick auf die neuen Mehrheitsverhältnisse besonders auch im konservativen Spektrum.

Green Deal verteidigen

Die EU-Kommission treibt ihre Entbürokratisierungsagenda mit verschiedenen Vorschlägen zum Abbau von Standards unter dem Deckmantel der Vereinfachung in Bereichen wie der Unternehmensverantwortung, der Landwirtschaft, dem Umweltrecht und beim Klimaschutz, deutlich voran. Hierzu berief die EU-Koordination eine Strategierunde ein und informierte ihre Mitglieder regelmäßig inhaltlich. Außerdem fanden verschiedene Gespräche mit EU-Entscheidungssträger*innen statt.

Europäische Perspektiven auf die Bundestagswahl

Die Bundestagswahl am 23.02.2025 hatte auch Einfluss auf die Arbeit der DNR-EU-Koordination. Hierzu gehörte beispielsweise die Advocacy-Arbeit zu den EU-politischen Aspekten der Parteiprogramme und des Koalitionsvertrags sowie die Wissensweitergabe in europäischen Netzwerken inklusive Capacity Building für Partnerorganisationen aus dem EU-Ausland für Medienarbeit zu den Koalitionsverhandlungen in Deutschland.

Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)

Im Juni stellte die EU-Kommission ihren Vorschlag für den neuen mehrjährigen Finanzrahmen für 2028-2034 vor. Der DNR brachte sich bereits vor dem Vorschlag mit einem gemeinsamen Papier in die Diskussion ein, um aktiv voranzutreiben, dass der EU-Haushalt die festgelegten Klima-, Natur- und Umweltschutzziele finanziell absichert. Mit der fortlaufenden strategischen Koordination innerhalb der Mitglieder richtete der DNR den Fokus darauf, sich konstruktiv in die Verhandlungen zum MFR einzubringen, um zentrale Forderungen der Umweltverbände wie den Erhalt des LIFE-Programms, mehr und bessere Mittelbindung für Klima- und Umweltpolitik oder stringentes „Do-no-significant-harm“-Prinzip in die Diskussion zu bringen. Dazu wurde im November ein weiteres gemeinsames Forderungspapier erarbeitet, mit dem auf relevante Bundesministerien zugegangen wurde. Neben regelmäßigen Austauschen mit unseren Brüsseler Dachverbänden erfolgten auch thematische Gespräche mit Partnerorganisationen, unter anderem zu sozialpolitischen Perspektiven der MFR-Verhandlungen. Ergänzend fanden Gespräche auf Arbeitsebene mit dem BMUKN gemeinsam mit weiteren Verbänden statt, um die zivilgesellschaftliche Position im politischen Prozess weiter zu stärken.

Kommissionstreffen Mai 2025



TÄTIGKEITEN IM RAHMEN VON DRITT-MITTELGEFÖRDERTEN PROJEKTEN

EU-Klimapolitik (gefördert durch die European Climate Foundation [ECF])

Projektreferentin für EU-Klima- und Energiepolitik (Judith Hermann)

Schwerpunkt dieses ECF-Projekts waren das EU-Klimaziel für 2040 und der EU-Emissionshandel für Gebäude und Verkehr (ETS 2).

ETS 2 und Klimasozialfonds

Projektziele zum ETS2 waren das Capacity Building für unsere Mitgliedsorganisationen und der strategische Austausch. Dafür organisierte der DNR zwei Strategierunden zum ETS2 sowie ad-hoc-Treffen, wenn kurzfristige Abstimmungen notwendig wurden, z.B. zur Verbändebeteiligung zum Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) oder zu den Vorschlägen der EU-Kommission zu Änderungen an der Marktstabilitätsreserve des ETS2. Der DNR war darüber hinaus aktiv in einer Austauschrunde zum Klima-Sozialfonds der Klima-Allianz, in der ein gemeinsames Forderungspapier für eine sozial gerechte Umsetzung des ETS2 entstand. Politisch nahm die Debatte zum ETS2 im Jahr 2025 deutlich an Fahrt auf. Das Instrument wurde auf europäischer Ebene von vielen Seiten angegriffen und eine Verschiebung seines Starts um ein Jahr auf 2028 beschlossen. Der DNR stand dazu im Austausch mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments, der Bundesregierung und der EU-Kommission. Ende des Jahres organisierte der DNR zudem ein Pressehintergrundgespräch. Ein sehr wichtiger Pfeiler der Arbeit zum ETS2 war außerdem der Austausch mit europäischen Partnerorganisationen und Dachverbänden.

EU-Klimaziel für 2040

Im Juli 2025 legte die EU-Kommission einen Gesetzesentwurf zum EU-Klimaziel für 2040 vor, anschließend positionierten sich auch der Europäische Rat und das EU-Parlament. Der DNR begleitete den Prozess mit Öffentlichkeitsarbeit, offenen und geschlossenen Briefen und Gesprächen mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments, Bundesregierung und EU-Kommission. Nach Verhandlungen einigten sich die Ko-Gesetzgeber auf ein Reduktionsziel für 2040 von minus 90%, von denen jedoch bis zu fünf Prozent über internationale Zertifikate abgerechnet werden können. Auch weitere Flexibilitäten zwischen den Sektoren wurden vereinbart, der Start des zweiten Emissionshandels (ETS2) wurde um ein Jahr auf 2028 verschoben. Diese Flexibilitäten und Abschwächungen werden vom DNR und anderen Umweltorganisationen sehr kritisch gesehen, da unter dem Deckmantel der Flexibilisierung die Klimagesetzgebung aufgeweicht und die Zielerreichung sowohl der Zwischenziele als auch der Klimaneutralität 2050 in Gefahr gebracht wird. Der DNR arbeitete zu dem Thema in enger Verzahnung mit dem europäischen Netzwerk CAN Europe und anderen europäischen Partnerorganisationen und führte zudem gemeinsame Aktivitäten mit dem französischen Klimadachverband RAC-France durch.

Verbandetreffen mit EU- Kommissarin für Umwelt, Wasserresilienz und wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft, Jessika Roswall, 05.05.2025



Deutsche und europäische Industriepolitik (gefördert durch die European Climate Foundation [ECF])
Projektreferentin für Industriepolitik (Christina Stoldt)
Projektreferentin für Kreislaufwirtschaft (Mateja Kahmann)

Europäische Industriepolitik

Im Jahr 2025 begleitete der DNR intensiv das zentrale Vorhaben der Europäischen Kommission, den Clean Industrial Deal. Dabei war es wichtig, das Vorhaben als Weiterführung des European Green Deal und als Brücke zwischen dem Klimaschutz und der europäischen Wettbewerbsfähigkeit zu kommunizieren. Dazu veröffentlichte der DNR ein Positionspapier, betrieb Öffentlichkeitsarbeit und führte Gespräche mit der Bundesregierung sowie mit Europaabgeordneten. Parallel beteiligte er sich an der Vorbereitung des sogenannten Industrial Accelerator Acts durch Advocacy-Gespräche und die Teilnahme an einer öffentlichen Konsultation. Besondere Aufmerksamkeit galt der Förderung grüner Leitmärkte durch öffentliche Beschaffung sowie der Sicherung bestehender Umweltstandards bei der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Industrieprojekte.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der strategischen Vorbereitung der anstehenden Reform des europäischen Emissionshandels für die Industrie (ETS1). Vor dem Hintergrund der Debatten um das Klimaziel für 2040 und der vollständigen Einführung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus ab Januar 2026 intensivierte sich die politische Debatte um die Zukunft des ETS1. Besonders seitens der energieintensiven Industrien wurden das Ambitionsniveau und das Auslaufen der kostenlosen Zuteilung angegriffen. Um eine fundierte Strategie und Positionierung des DNR zu ermöglichen, wurden interne Austauschformate aufgebaut und fachliche Positionen

entwickelt. Zudem fand ein Austausch mit Wissenschaft und Think Tanks statt. Ziel dieser Arbeit war es, den Emissionshandel als zentrales Instrument der europäischen Klimaarchitektur zu erhalten und seine Lenkungswirkung für eine wirksame Dekarbonisierung der Industrie weiter zu stärken.

Europäische Kreislaufwirtschaft

Die EU-Kommission hat das geplante EU-Kreislaufwirtschaftsgesetz (Circular Economy Act CEA), mit der die Kommission die Schaffung eines Marktes für Sekundärmaterialien und einen Binnenmarkt für Abfall (v.a. für kritische Rohstoffe) beabsichtigt, jüngst auf das dritte Quartal 2026 vorgezogen. Damit deutet sich an, dass der Kreislaufwirtschaftspolitik im Rahmen des neuen wettbewerbsspolitischen Fokus der EU eine zentrale Rolle zukommt. Zur frühzeitigen Einflussnahme auf die Debatte veröffentlichte der DNR im Oktober 2025 ein gemeinsames, ausführliches Positionspapier zum CEA auf Deutsch und Englisch. Dieses wurde sowohl an relevante Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie verschiedene Ebenen der EU-Kommission versendet und im Rahmen der offiziellen Konsultation eingereicht. Ende November 2025 fand die EEB-Working-Party zu Kreislaufwirtschaft in Brüssel statt.

Parallel gewann das Thema Deregulierung und Entbürokratisierung auch für das Thema Kreislaufwirtschaft an Bedeutung, da bestehende EU-Kreislaufwirtschaftsgesetze Teil des Umwelt-Omnibusses sind. Der DNR erarbeitete hierzu einen Leitfaden für die Teilnahme an der entsprechenden Konsultation, organisierte einen strategischen Austausch mit dem BMUKN und unterstützte die HandsOffNature-Kampagne der europäischen Partnerorganisationen.





IM FOKUS



Verbandspolitik und Zivilgesellschaft

„2025 wurde deutlich, dass die Umweltbewegung nicht nur Bäume schützen, sondern auch Räume verteidigen muss, in denen Engagement, Mitbestimmung und kritische Meinungsbildung möglich sind. Die Angriffe, die sich zunehmend auf die gesamte Breite der zivilgesellschaftlichen Akteure ausweiteten, wurden damit zur Herausforderung für unser demokratisches Gemeinwesen und für das Vertrauen in deren Institutionen.“

Florian Schöne, DNR-Geschäftsführer



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Florian Schöne, Simone Glück, Anna Geuchen



Mehr Informationen im Internet:

www.dnr.de/themen/verbandspolitik-und-zivilgesellschaft



IM FOKUS

Verbandspolitik und Zivilgesellschaft

Im Zentrum der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten des DNR standen 2025 aktuelle Diskussionen und fachliche Einschätzungen rund um Themen wie Gemeinnützigkeitsrecht, Bürokratieabbau, Engagementpolitik sowie das Erstarken des Rechtspopulismus.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DER INSTITUTIONELLEN FÖRDERUNG

Zivilgesellschaft und Gemeinnützigkeit

Gemeinsam mit dem Bündnis für Gemeinnützigkeit (BfG) erarbeitete der DNR zivilgesellschaftliche Forderungen zur Bundestagswahl und koordinierte ein gemeinsames Statement für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie als Antwort auf die politischen Angriffe auf die Zivilgesellschaft. Mit Blick auf die Bundestagswahl fanden zudem verschiedene Gespräche mit Abgeordneten und Fraktionen zu den Wahlprogrammen sowie zu den Anforderungen an die nächste Legislatur statt.

In einem gemeinsamen parlamentarischen Frühstück zum Thema „Zukunftspakt Ehrenamt“ stand ferner die

Frage im Mittelpunkt, wie die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement in Deutschland langfristig gestärkt werden können.

Neue Austauschformate zu den Themen Beteiligungsrechte, Rechtsschutz und Deregulierung wurden vom DNR gemeinsam mit Verbänden eingerichtet, um die geplanten Initiativen der Bundesregierung kritisch zu begleiten und sicherzustellen, dass Beschleunigung und Bürokratieabbau nicht auf Kosten von materiellem Umweltrecht und Rechtsschutz erfolgen.

Mit einer Stellungnahme der Umweltverbände zum Entwurf des Nationalen Umsetzungsberichts der Aarhus-Konvention für Deutschland (2025) wurde die Notwendigkeit einer konsequenten Umsetzung der Konvention

betont, insbesondere im Hinblick auf den Zugang zu Informationen, Beteiligung an Entscheidungsprozessen und wirksamen Rechtsschutz im Umweltbereich.

In einem Dialog mit dem entwicklungspolitischen Dachverband VENRO wurden Möglichkeiten zur Intensivierung der bestehenden Partnerschaft ausgelotet, um gemeinsame Anliegen wirksamer zu vertreten. Zusätzlich nahm der DNR am Strategietreffen der Initiative kulturelle Integration teil, um gesellschaftlichen Zusammenhalt durch kulturelle Teilhabe zu stärken.

Rechtspopulismus

Das generelle Erstarken rechte extremer und rechtspopulistischer Parteien und Gruppierungen sowie die Verknüpfung dieser Tendenzen mit umwelt-, natur- und klimapolitischen Themen hält weiterhin an. 2025 diffundierten die Angriffe jedoch erstmals spürbar in die politische Mitte hinein. Durch die Zunahme Kleiner Anfragen im Bundestag wurden systematisch Informationen zu Finanzierung und Aktivitäten von Umweltverbänden erfragt. Dadurch rückten vorrangig Aktivitäten zur Resilienzstärkung gegen Diffamierungen der Mitgliedsverbände in den Vordergrund. Auch im Rahmen der Bundestagswahl wurde dieser Bereich intensiviert. Im Vordergrund stand die Unterstützung von Bündnissen für eine vielfältige Gesellschaft und gegen demokratiefeindliche Tendenzen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

Seit April 2024 ist der DNR Mitglied im Bündnis „Zusammen für Demokratie“ und vertritt als aktiver Teilnehmer des Koordinierungsausschusses die Umweltverbände.

Das Bündnis wuchs im Jahresverlauf 2025 auf 86 Mitgliedsorganisationen an und koordinierte Aktivitäten zur Verteidigung der Demokratie. Im Fokus standen dabei zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte, die – teilweise unter schwierigen Bedingungen – bundesweit für demokratische Werte einstehen. Durch das breite Angebot des Bündnisses konnten in den vergangenen Monaten mehrere Trainingsangebote und Workshops zu den Themen Stärkung von Resilienzen, Umgang mit Angriffen auf NGOs sowie rechtliche Beratungen zu politischen Positionierungen im Kontext der Infragestellung von Gemeinnützigkeit und Finanzierung von NGOs vermittelt werden.

Kurs Z

Von September 2024 bis April 2025 nahmen 16 Teilnehmende am „Kurs Z – Campaigning und mehr“ für junge Umweltengagierte (früher Zukunftspiloten) teil, den der DNR wieder gemeinsam mit der Bewegungsakademie e.V. angeboten und umgesetzt hat. Der aktuelle Jahrgang startete im Herbst 2025.

Die Teilnehmenden decken ein breites Spektrum aus Verbänden und Umweltbewegung ab. Sie alle setzen sich mit hohem Engagement für Umwelt- und Klimaschutz ein und erfahren im Kurs das strategische, methodische und persönliche Knowhow, sich dieser Aufgabe auch künftig wirksam zu widmen und dabei auch hauptamtlich in NGOs Fuß zu fassen.

DNR-Mitgliederversammlung 10.10.2025, neues Präsidium







IM FOKUS

Presse und Kommunikation

„Kommunikation schafft Sichtbarkeit für Themen, die unsere Zukunft bestimmen. 2025 war geprägt von politischen Richtungsentscheidungen, einem besonderen Jubiläum und einer hohen Dynamik im Tagesgeschäft. Unser Anspruch war es, die fachliche Arbeit des DNR verständlich, glaubwürdig und über alle Kanäle hinweg sichtbar zu machen – für Medien, Mitgliedsverbände, Politik und Öffentlichkeit.“

Juliane Grüning, Adréana Hess, Melissa Ihlow (v.l.n.r.) – Team Presse & Kommunikation



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Leonie Gehrke, Adréana Hess, Juliane Grüning, Melissa Ihlow, Lena Steltzner (ab 09/2025), Marion Busch (freie Mitarbeit)



Mehr Informationen im Internet:
www.dnr.de/presse



IM FOKUS

Presse und Kommunikation

Das Presse- und Kommunikationsteam blickt auf ein thematisch sowie politisch vielschichtiges und sehr dynamisches Jahr 2025 zurück. Bestimmende Themen waren die Begleitung der vorgezogenen Bundestagswahl im Februar und das Jubiläumsjahr, denn der Deutsche Naturschutzring wurde am 26. August 1950 gegründet und feierte 2025 sein 75-jähriges Bestehen. Parallel dazu wurden im laufenden Tagesgeschäft die fachlichen Inhalte des DNR-Teams systematisch für die externe Kommunikation aufbereitet und über Pressemitteilungen, Social-Media-Formate, die DNR-Newsletter sowie die Website ausgespielt. Auf diese Weise wurde die öffentliche Wahrnehmung des DNR deutlich gestärkt – sowohl in den Medien und der Presselandschaft als auch gegenüber den Mitgliedsorganisationen und der breiteren Zivilgesellschaft.

Die interne und externe Kommunikationsarbeit hatte zum Ziel, die entsprechenden Zielgruppen und eine breite Öffentlichkeit über die Schwerpunkte des DNR zu informieren. Zudem etablierte das Team eine stärkere Vernetzung mit Kolleg*innen aus den Öffentlichkeits- und Presseabteilungen unserer Mitgliedsverbände, um bei konkreten Fragen im Arbeitsalltag auf den Erfahrungsschatz anderer Kommunikationsteams zurückzugreifen und Raum für schnellen Austausch zu schaffen. Die zunehmenden Angriffe auf die Zivilgesellschaft lassen sich mit breiten Bündnissen auch medial leichter bewältigen.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DER INSTITUTIONELLEN FÖRDERUNG

Pressearbeit

Die klassische Pressearbeit umfasste 2025 vielfältige Aufgaben. Neben der engen inhaltlichen Abstimmung mit Fachkolleg*innen und Partnerorganisationen wurden insgesamt 78 Pressemitteilungen und Pressestatements versendet sowie 54 Publikationen in Form von Positionspapieren, Stellungnahmen und offenen Briefen auf der Homepage veröffentlicht sowie über die Social-Media-Ka-

nale verbreitet. 2025 war der DNR an mehreren Pressehintergrundgesprächen beziehungsweise Pressebriefings beteiligt. Beispielsweise fand im Januar ein gut besuchtes Hintergrundgespräch zur DNR-Wahlprogrammanalyse und im Dezember zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU statt.

Dazu übernahm das Kommunikationsteam die Koordination der Presse- und Interviewanfragen an Fachkolleg*innen sowie das Medienmonitoring und den Versand eines Medienspiegels für Mitarbeitende und Mitgliedsverbände.

Die vielfältigen Inhalte der einzelnen Fachteams deckten zentrale und tagesaktuelle umweltpolitische Themen ab. Die Pressearbeit dient dabei nicht nur der Information über fachliche Positionen, sondern auch der strategischen Sichtbarkeit des Dachverbands in politischen Debatten.

Soziale Medien

Nachdem sich der DNR entschieden hatte, seine Präsenz auf X (ehemals Twitter) im März 2025 einzustellen, konzentrierte sich das Kommunikationsteam darauf, LinkedIn als Hauptkanal für Social-Media auszubauen und hatte bis Ende 2025 bereits 2.000 Follower*innen gewonnen. Der Kanal etablierte sich als gute Alternative zu X, auf der die komplexen Inhalte des DNR weitaus differenzierter

vermittelt werden können als zuvor. Zudem bietet der Kanal die Möglichkeit, Hintergrundinformationen prominent als Visuals zu platzieren.

Inhaltlich wurde LinkedIn mit Informationen aus aktuellen Pressemitteilungen und den beiden Newslettern bespielt, reagierte spontan auf politische Entwicklungen und berichtet über Ereignisse im Verband. Rund um die Bundestagswahl war LinkedIn neben Instagram der etablierte Kanal, auf dem der DNR Kampagnenmotive und Slogans verbreitete. Die Social-Media-Kanäle werden für die Sichtbarkeit von Veranstaltungen und den Themen aus den Fachbereichen des DNR sowie der breiten Bündnisarbeit genutzt.

Instagram blieb trotz stagnierender Interaktionen als Servicekanal bestehen, um insbesondere die Arbeit der Mitgliedsorganisationen sichtbar zu machen. Der Instagram-Account wurde auch dafür genutzt, die Bündnisarbeit zu verbreiten und in den Vordergrund zu stellen. Das Teilen von eigenen und externen Beiträgen und das Reposten von Inhalten in der Story sowie im Feed erwies sich weiterhin als nützliche Funktion, um schnell, zeiteffizient und mit kurzer Vorbereitungszeit Inhalte wie beispielsweise Petitionslinks im Rahmen der #HandsOffNature-Kampagne oder Aufrufe zu Demonstrationen und Veranstaltungen, z.B. aus dem Netzwerk Ressourcenwende, verbreiten

75-Jahrfeier des DNR im Oktober 2025



zu können. Trotz dieser vielfältigen Nutzbarkeit des Kanals blieb die Followerzahl auf einem eher geringen Niveau zum Ende des Jahres.

Kampagne zur Bundestagswahl

Durch die auf Februar 2025 vorgezogene Bundestagswahl wurde eine kommunikative Begleitung des Wahlkampfes als Dachverband beschlossen. Für die strategische Unterstützung und die Entwicklung und Bereitstellung entsprechender Materialien entwickelte der DNR mit einer Agentur die Kampagne „Du willst es? Dann wähl es!“. Die übergreifende Botschaft der Kampagne: Die Bundestagswahl 2025 ist eine zentrale Richtungsentscheidung und die einzig zielführende Antwort auf die multiplen Krisen ist ein nachhaltiges, sozial-gerechtes, solidarisches und resilientes Deutschland, von dem die Menschen konkret profitieren.

Die Inhalte wurden allen Mitgliedsorganisationen zur Verfügung gestellt und die Kolleg*innen der Öffentlichkeitsarbeit kontinuierlich über die Kampagne informiert. Alle DNR-Mitgliedsverbände konnten die Motive mit eigenem Logo versehen und für ihre Social-Media Kanäle (statisch) einsetzen. Vor dem Launch gab es Infomailings inkl. Materialien-Download, FAQ-Dokumenten, Beispielredaktionsplan, Beispielpostings, mögliche Kommunikationsaufhänger und Anleitungen.

Landingpage zur Bundestagswahl

Ergänzend baute das Kommunikationsteam die umfangreiche Infoseite bundestagswahl.dnr.de. Dort waren die DNR-Forderungen abgebildet, Publikationen und Infomaterial aus den Mitgliedsverbänden gebündelt und eine Übersicht über relevante Termine vor der Bundestagswahl zu finden. Außerdem fanden die User*innen eine übersichtliche Wahlprogrammanalyse der größten Parteien aus Umwelt-, Natur- oder Klimaschutzsicht, für die das Team auch ein Pressehintergrundgespräch organisierte. So konnten Wähler*innen durch übersichtliche Informationen und Fakten eine informierte Wahlentscheidung treffen.

Eine abschließende Evaluierung der Kampagne beinhaltete eine detaillierte Timeline sowie die wichtigsten Kennzahlen zu Kosten, teilnehmenden Organisationen und Reichweiten. Außerdem wurden konkrete Learnings zu Kanälen und internen Prozessen gezogen und Leitfragen für künftige Kampagnen erarbeitet.

75 Jahre DNR und Neuwahl des DNR-Präsidiums auf der Mitgliederversammlung

Ein kommunikationsintensiver Schwerpunkt lag im Jahr 2025 auf dem 75-jährigen Jubiläum des DNR. Ab dem Frühjahr entstanden eine eigene Unterseite u.a. mit Bei-

trägen unserer Mitgliedsorganisationen, Social Media-Formate mit entsprechendem Branding sowie eine begehbare Ausstellung mit einer Berliner Agentur. Crossmedial entstanden inhaltliche Beiträge sowie eine umfangreiche Chronik wichtiger Ereignisse und Meilensteine.

Fünf beidseitig bedruckte Informationsstelen über die Aktivitäten und Schwerpunkte des Deutschen Naturschutzingesamterings sowie eine Reihe in kreisförmige Riesensticker gegossene Highlights aus der Chronik der Geschichte der deutschen Umweltbewegung konnten am 9. Oktober, dem Vorabend der DNR-Mitgliederversammlung, besichtigt werden. Rund 170 Personen aus Verbänden, Stiftungen, Verwaltung und Politik kamen in Berlin für inhaltlichen Austausch, Möglichkeiten zum Netzwerken und engagierte Diskussionen zusammen. Beiträge des Umweltministeriums sowie Podiumsdiskussionen mit Vertreter*innen von Verbänden, Gewerkschaften, Verbraucherzentrale und Medien rundeten die Veranstaltung ab.

Die Abendveranstaltung sowie die Mitgliederversammlung am darauffolgenden 10. Oktober einschließlich der Neuwahl des DNR-Präsidiums begleitete das Presse-Team intensiv mit Pressearbeit und Live-Berichterstattung über die sozialen Medien. Die neuen Präsidiumsmitglieder und Mitgliedsverbände sowie der Leitantrag „Engagiert für die Demokratie. Wirksam für die Umwelt.“ und nicht zuletzt die Anwesenheit von Bundesumweltminister Carsten Schneider waren dabei die Schwerpunkte. Nach der Bestätigung auf der Mitgliederversammlung umfasst der Kreis der unter dem Dach des DNR versammelten Organisationen nun 100 Mitglieder.

DNR-Newsletter

Die Newsletter sind ein zentrales Instrument des DNR für die fachliche und verbandsübergreifende Kommunikation. 2025 erschienen insgesamt neun DNR-Newsletter mit Schwerpunkten wie Digitalisierung im Umweltschutz, naturbasierten Lösungen für den Klima- und Artenschutz sowie der Bundestagswahl. Für alle wurden regelmäßig Expert*innen gewonnen, welche die Themen durch eigene Gastartikel oder Interviews bereicherten. Mit den Schwerpunkten Populismus und Desinformation, Zivilgesellschaft stärken – Demokratie stärken sowie Umweltpolitik in der neuen Legislatur wurden gezielt die Bundestagswahl und die gesellschaftlichen und umweltpolitischen Auswirkungen flankiert. Weitere Schwerpunkte waren Kreislaufwirtschaft, Deregulierungsbestrebungen und das 75-jährige Jubiläum des DNR. Der DNR-Newsletter erreicht inzwischen etwa 1.500 Empfänger*innen. 2025 wurde parallel an einer Design-Auffrischung sowie dem technischen Umzug auf eine andere Multiplikationsplattform im kommenden Jahr gearbeitet.



EU-Newsletter

Der EU-Newsletter erscheint etwa alle zwei Wochen, behandelt aktuelle Umweltnews auf EU-Ebene und erreicht mehrere Tausend Leser*innen. Die politischen Schwerpunkte in Brüssel und Straßburg bestimmen die Inhalte des Newsletters. 2025 wurden 19 EU-Umweltnewsletters sowie ein Sondernewsletter über die HandsOffNature-Kampagne und die Beteiligung an der Konsultation zum sogenannten Umwelt-Omnibus verschickt. Insgesamt entstanden so rund 125 eigene Artikel sowie Gastbeiträge. Diese befassten sich mit unter anderem mit Deregulierungsbestrebungen durch die Omnibus-Pakete der EU-Kommission, dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU, der NGO-Förderung über das LIFE-Programm, der EU-Kreislaufwirtschaftspolitik, Gewässerschutz, dem Clean Industrial Act oder dem Klimaziel 2040. Daneben verwies der EU-Umweltnewsletter regelmäßig auf aktuelle EU-bezogene Veröffentlichungen von Mitglieds- und Partnerorganisationen sowie auf anstehende Konsultationen und Termine.

Wie beim DNR-Newsletter wurde 2025 begonnen, ein neues Design und Konzept für den EU-Newsletter zu entwickeln, das 2026 umgesetzt wird. Ziel ist, das Corporate Design des DNR stärker in den Vordergrund zu stellen und mehr Übersichtlichkeit für die Leser*innen zu schaffen.

Vorbereitung technischer Upgrades: Medienmonitoring, Pressespiegel, Newsletter-Versand

Die Modernisierung der Kommunikationsinfrastruktur war 2025 neben der Tagespolitik ein strategischer Schwerpunkt. Mit der Neuaufstellung des bisherigen Monitoring-Tools sollen ab 2026 die Grundlage für professionelles Medienmonitoring, verbesserten Presse-Outreach und den Zugriff auf eine aktuelle Journalistendatenbank erreicht werden. Auch die Umstellung des Newsletter-Versands wurde vorbereitet, um eine zeitgemäße Gestaltung, verlässliche Technik und aussagekräftige Reportings sicherzustellen. Beide Maßnahmen sollen die Effizienz und Wirkung der Kommunikationsarbeit nachhaltig steigern.



DNR-TRÄGERSCHAFT

Forum Umwelt & Entwicklung



„2025 war ein Jahr der Widersprüche. Während die Demontage multilateraler Lösungsansätze fröhlich voranschreitet, gab es auch echte Fortschritte: Verhandlungen zu Steuern sowie Staatsverschuldung und die Verabschiedung des Abkommens zum Schutz der Hohen See. Vielleicht kommen die vielen Abgesänge auf internationale Kooperation doch zu früh.“

Marie-Luise Abshagen und Wolfgang Obenland, kommissarische Leitung Forum Umwelt & Entwicklung



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Jürgen Maier (Projektstellenleiter), Marie-Luise Abshagen (Leiterin Nachhaltigkeitspolitik), Tamar Arveladze (Sachbearbeitung & Verwaltung, Elternzeit ab 08/2025), Franziska Peschek (Sachbearbeitung & Verwaltung, Elternzeitvertretung ab 08/2025), Nina Hrkalovic (Referentin Öffentlichkeitsarbeit und Soziale Medien), Josephine Koch (Referentin Rohstoffpolitik), Tom Kurz (Referent Chemikalienpolitik), Wolfgang Obenland (Leiter Finanzpolitik), Christian Schwarzer (Referent Internationale Biodiversitätspolitik), Ludwig Essig (freie Mitarbeit)



Mehr Informationen im Internet:
www.forumue.de



DNR-TRÄGERSCHAFT

Forum Umwelt & Entwicklung

Im Forum Umwelt & Entwicklung (FUE), gegründet 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio, sind 44 Organisationen aktiv. Das FUE koordiniert die Arbeit deutscher Nichtregierungsorganisationen (NROs) an der Schnittstelle von Umwelt, Nachhaltigkeit und Entwicklung. Hierfür sind im FUE acht Arbeitsgruppen (AGs) und verschiedene Projektinitiativen angesiedelt, ebenso wie die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ und das Netzwerk Gerechter Welthandel. Der DNR ist Rechtsträger des Forums.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DER INSTITUTIONELLEN FÖRDERUNG

Handelspolitik & Weltwirtschaft (inkl. AG-Handel)

Zuständig in der Geschäftsstelle: Wolfgang Obenland

Das Forum Umwelt & Entwicklung begleitete die deutsche, europäische und globale Handelspolitik auch 2025 in den verschiedenen nationalen und internationalen Kontexten. Im Fokus stand dabei die Koordination der AG Handel und das Netzwerk Gerechter Welthandel, mit dem die Zusammenarbeit und Arbeitsteilung weiter verbessert wird.

Die AG Handel traf sich 2025 viermal. Inhaltliche Themen waren u. a. eine Positionierung im Bereich Industriepolitik, die Reform der Welthandelsorganisation (WTO) – vor allem

die inhaltliche Vorbereitung auf die 14. WTO-Ministerkonferenz im Frühjahr 2026 – sowie diverse anstehende bzw. neu abgeschlossene Handels- und Investitionsabkommen der EU, darunter u.a. das EU-MERCOSUR-Abkommen, das Abkommen mit Indien und Indonesien.

Von November 2024 bis Juni 2025 koordinierte das Forum gemeinsam mit dem Netzwerk Gerechter Welthandel außerdem einen Strategieprozess, der die handelspolitische Szene in Deutschland fit für die enormen – und schnellen – geopolitischen Veränderungen weltweit machen soll. Im Mittelpunkt der inhaltlichen Debatten stand dabei vor allem, wie das offensichtlich an seine Grenzen stoßende, extrem exportorientierte Wachstumsmodell zukunftsfähig umgebaut werden kann.

Aus diesem Strategieprozess hervorgegangen ist ein unter anderem vom Forum initiiertes Gesprächskreis zum Verhältnis der EU und den USA unter der neuen Regierung Trump. Auslöser waren die im Juli und August vorläufig vereinbarten Maßnahmen zur Abwendung von US-Strafzöllen gegenüber Importen aus der EU, die teilweise weit über Handelspolitik im engeren Sinne hinausgehen. Entsprechend wurden in diesen Gesprächskreis auch zivilgesellschaftliche Akteure jenseits unserer üblichen Kooperationspartner eingebunden.

Initiative „Konzernmacht beschränken“

Die Initiative „Konzernmacht beschränken“ traf sich 2025 im regelmäßigen Rhythmus von sechs bis acht Wochen. Sie beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit den drei thematischen Säulen: der weiteren Reform des deutschen Kartellrechts, der Arbeit zur größer werdenden Rolle von (primär) Technologieunternehmen sowie der Rolle des Lebensmitteleinzelhandels im Kontext der zunehmenden Lebenshaltungskosten in Deutschland. Zu dem zuletzt genannten Thema etablierte sich eine Unterarbeitsgruppe. Anknüpfungspunkt für ihre Arbeit bot das im Jahresverlauf entstehende Sondergutachten zum Lebensmitteleinzelhandel der Monopolkommission, dem wir sowohl fachlich durch Informationsangebote zugearbeitet haben, das von den Mitgliedern der Initiative vor allem aber ausführlich kommentiert wurde.

Aktiv begleitete die Initiative außerdem die verschiedenen politischen Prozesse und Diskurse vor und nach der Bundestagswahl im Februar, nutzte die erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit für verstärkte Medienarbeit und wandte sich an die perspektivischen Koalitionäre mit Vorschlägen und Empfehlungen im Rahmen der Koalitionsverhandlungen.

Nachhaltigkeit und Agenda 2030

Zuständig in der Geschäftsstelle: Marie-Luise Abshagen

Mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) werden viele Herausforderungen, Probleme und Chancen nachhaltiger Entwicklung adressiert, darunter Armutsbekämpfung, Umweltschutz und nachhaltiges Wirtschaften. Das FUE arbeitet zur nationalen, europäischen und internationalen Umsetzung der SDGs und koordiniert die deutsche Zivilgesellschaft diesbezüglich.

Begleitet wird die Umsetzung der SDGs durch eine Überprüfungsstruktur auf UN-Ebene im Rahmen des „High Level Political Forum“ (HLPF). Staaten haben so die Möglichkeit, über freiwillige Staatenberichte (Voluntary National Reviews/VNR) ihre Umsetzungsfortschritte zu dokumentieren. In Deutschland wird die Agenda 2030 u. a. durch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) umgesetzt.

Das Erreichen der SDGs ist weltweit in Gefahr. Es ist sicher, dass nur ein geringer Anteil der Unterziele bis 2030 erfüllt wird und sich viele Staaten aus der Umsetzung zurückziehen. Zudem wird die Agenda 2030 in vielen UN-Gremien von Ländern wie den USA und Argentinien angegriffen und abgelehnt. Das HLPF 2025 war überschattet von Diskussionen über Finanzkürzungen der UN, die vor Ort deutlich spürbar waren, sowie dem grundsätzlichen schlechten Umsetzungsstand der SDGs. Es ist auch unklar, welche gemeinsame Agenda nach 2030 kommen wird. Zudem steht auch das HLPF selbst vor Herausforderungen, da der UN-Standort New York zunehmend schlechter zugänglich ist, auch für Staatendelegationen. Eine Verlagerung von UN-Programmen an anderen Stand-



High-Level Political Forum on Sustainable Development (HLPF), Juli 2025

ort hat bereits begonnen, darunter hunderte Mitarbeiter*innen von UNDP nach Bonn.

Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit

Im Februar fand ein gemeinsames Fachgespräch des FUE, Global Policy Forum, DGVN und SDSN Deutschland zum Thema „Fortschritt jenseits des BIP - Die neue Suche nach alternativen Maßen für Wohlstand und Nachhaltigkeit“ statt. In der vom Forum moderierten Podiumsdiskussion ging es um die politische Wirkung verschiedener Indikatorensysteme auf verschiedenen Governance-Ebenen und Potentiale des Nachhaltigkeitsdiskurses.

In verschiedenen Runden diskutierte das Forum, wie damit umzugehen und inwiefern der Zeitpunkt gekommen sei, auch bereits über die Zeit nach 2030 zu sprechen. Darunter waren verschiedene Austauschformate mit Ministerien, mit dem European Environmental Bureau, mit VENRO, UNDP und der Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit bei Ver.di.

Das Forum ist weiterhin im entwicklungspolitischen Bereich des Berliner Senats vertreten. Dieser traf sich im Mai und Oktober. Thema war die geplante Verabschiedung entwicklungspolitischer Leitlinien für Berlin sowie Festlichkeiten zum Jubiläum der Städtepartnerschaft Berlin-Windhoek (Namibia). Das Forum wurde zudem im Mai in den Beirat des Eine Welt-Promotor*innen-Programms, koordiniert von der agl, gewählt.

Beteiligung an Prozessen der Bundesregierung

Deutschland berichtete 2026 zum dritten Mal beim HLPF in New York mit seinem Voluntary National Review (VNR) über die Umsetzung der SDGs. Erstmals wurden hierfür

zivilgesellschaftliche Kommentare direkt im Bericht dargestellt. Das Forum übernahm gemeinsam mit VENRO die Koordination des zivilgesellschaftlichen Austausches und reichte drei Texte ein: 1) Rechtebasierte Teilhabe in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sicherstellen; 2) Vorsorgliche Pause bei Tiefseebergbau-Verhandlungen und Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie; 3) Verschmutzungskrise mehr politische Relevanz geben am Beispiel Plastik und Chemikalien. Alle drei Texte wurden von einer breiten Gruppe von Organisationen mitgetragen und fanden sich im Bericht wieder.

Das Forum nahm als Teil der deutschen Delegation am HLPF 2025 teil. Entsprechend der Absprachen mit der Bundesregierung wurde dort ein gemeinsames Statement von FUE, VENRO, DGB, BDI, Wissenschaftsplattform, kommunalen Vertretungen und Jugenddelegierten verfasst und vom Forum vorgetragen.

Das Forum nahm im Rahmen des HLPFs an einem Workshop von Action4SustainableDevelopment mit internationaler Zivilgesellschaft teil und berichtete über die Umsetzung der SDGs in Deutschland. Weitere Termine waren Delegationsbesprechungen, ein Lobbytermin mit EP-Abgeordneten sowie die Teilnahmen an verschiedenen NGO-Austauschrunden und Side Events. Gemeinsam mit dem Global Policy Forum und der DGVN organisierte das Forum erneut ein „Live aus: New York“.

Auf Einladung von BMUKN und BMZ nahm das Forum im April an einem internationalen VNR-Workshop für alle 2025 berichtenden Länder teil. Es stellte in diesem Zusammenhang zivilgesellschaftliche Anforderungen für



einen guten, effektiven, politisch relevanten VNR vor. Im Vorfeld des HLPF fand erneut die Nationale HLPF-Konferenz statt, bei der das Forum auf dem Eröffnungspodium vertreten war. Auch am Dialogforum Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung im November 2025 von BMZ und BMUKN nahm das Forum teil.

Aus den Arbeitsgruppen (AGs)

Die Sitzungen der AGs stellten auch 2025 einen wichtigen Ort des strategischen und inhaltlichen Austausches für die im FUE beteiligten Organisationen dar.

AG Landwirtschaft und Ernährung (L&E)

Zuständig in der Geschäftsstelle: Josephine Koch

Beim vom Bundeslandwirtschaftsministerium (BMLEH) ausgerichteten Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) zu Beginn des Jahres 2025 veranstaltete das Forum erneut ein Fachpanel zum diesjährigen GFFA-Fokusthema Bioökonomie. Unter dem Titel „Ohne Agrarökologie, planetare Grenzen und Recht auf Nahrung keine Bioökonomie“ diskutierten Vertreter*innen von regionalen Organisationen und Kleinbauernbewegungen vor rund 140 Personen im Publikum.

Ein weiteres Themenfeld der AG blieb Anfang des Jahres die kritische Auseinandersetzung mit AGRA (Alliance for a Green Revolution in Africa) und ihrer Rolle in afrikanischen Agrarpolitiken einen Arbeitsbereich.

Darüber hinaus prägten 2025 strategische Positionierungen zur Bundestagswahl, internationale Agrarprozesse und die inhaltliche Schärfung zentraler Forderungen die Arbeit der AGLE. Ein Schwerpunkt war die umfassende Aktualisierung des Positionspapiers „Welternährung 2030 – 11 Schritte für eine Zukunft ohne Hunger“, das zum Welternährungstag veröffentlicht und von 23 Organisationen getragen wurde.

Inhaltlich begleitete die AGLE zudem die „Policies against Hunger“-Konferenz, Prozesse des UN-Welternährungsausschusses (CFS) sowie Debatten zur globalen Agrifood-Governance. Die Bioökonomie wurde kritisch kommentiert und Agrarökologie weiter als Leitbild gestärkt (u. a. durch ein überarbeitetes Positionspapier und eines Tags der Agrarökologie). Zudem positionierte sich die AGLE zu „Hunger als Waffe“ im Kontext des Gaza-Konflikts.

AG Meere und AG Tiefseebau

Zuständig in der Geschäftsstelle: Marie-Luise Abshagen

Die AG Meere war 2025 sehr aktiv, Schwerpunkt lag auf der Vorbereitung der 3. UN-Meereskonferenz (UN Ocean Conference, UNOC) im Juni in Nizza, an der das Forum teilnahm. Die UNOC war vor allem eine Vernetzungskonferenz ohne verbindliche Ergebnisse. Dennoch trug die Konferenz

deutlich zur Aufwertung von Meerespolitik innerhalb des internationalen politischen Diskurses bei. U.a. fanden sich über 50 Unterzeichnungen des Hohe See Schutzabkommens (BBNJ), was dem Ratifizierungsziel von 60 Unterschriften nahekam. Auch verpflichteten sich weitere Staaten zu einer kritischeren Haltung gegenüber Tiefseebau. Zudem wurde bei der UNOC ein „EU Pact for the Oceans“ sowie ein „Nice Action Plan“ verabschiedet.

Gemeinsam mit fair oceans und Brot für die Welt veranstaltete das Forum ein Side Event zu „Ocean Justice“ mit Beiträgen des BMUKN sowie von Partner*innen aus dem Pazifik und Afrika. Es fand auf dem deutschen Forschungsschiff METEOR statt, das im Hafen von Nizza lag und als „Deutsches Haus“ fungierte. Das Forum referierte zudem gemeinsam mit OceanCare bei einem Side Event von Coalition Clean Baltic über Unterwasserlärm durch Carbon Capture and Storage (CCS) durch seismische Aktivitäten.

Am 3. Juli veranstalteten Brot für die Welt, fair oceans und das Forum wie in jedem Jahr eine Meereskonferenz in Berlin. Themenschwerpunkte lagen auf BBNJ, Tiefseebau und zahlreichen weiteren Themen.

Auch nach der UNOC tagte die AG Meere in großer Runde. Ziel war ein fachlicher Austausch entlang dreier Schwerpunkte: BBNJ, marines Geoengineering, und EU Pact for the Oceans, mit jeweils einer Stunde.

Die politischen Entwicklungen rund um CCS verfolgt das Forum weiterhin. Auf der vom BMUKN ausgerichteten Nationalen Meereskonferenz im Mai organisierte das

Side Event zu „Ocean Justice“ auf dem deutschen Forschungsschiff METEOR im Hafen von Nizza





Forum gemeinsam mit BUND, Greenpeace und DUH ein Side Event zu CCS in der Nordsee, mit Redner*innen aus diesen Verbänden, dem UBA sowie BGR/BMW.

Das der Ermöglichung von CCS zugrundeliegende Gesetz Kohlendioxid-Speicherungs- und Transport-Gesetz (KSpTG) wurde im zweiten Halbjahr verabschiedet. Vor der Lesung im Bundesrat versendete das Forum gemeinsam mit BUND, DUH und Greenpeace einen Brief an alle Ministerpräsident*innen sowie Wirtschafts- und Umweltminister*innen der Länder. Eine weitere Gesetzesänderung war die Änderung des Hohe See Einbringungsgesetzes (HSEG) und des London Protokolls. In beiden Prozessen brachte das Forum vor allem die Auswirkungen von CCS auf den globalen Süden ein. Das Forum steht diesbezüglich in Kontakt mit Expert*innen aus Afrika und Asien. Zudem steht es mit internationalen Gruppen rund um Real Zero Europe und mit lokalen Gruppen in Deutschland in Kontakt.

Das Forum war weiterhin aktiv in der internationalen Arbeitsgruppe zu Marinem Geoengineering, die sich ebenfalls mehrmals traf. Schwerpunkt waren die Verhandlungen zum London Protokoll, die Begleitung/Verhinderung mehrerer Freilandexperimente sowie die UNOC. In diesem Zusammenhang wurde vom Forum ein Aufruf zum Stopp von Marinem Geoengineering unterzeichnet.

Weitere Öffentlichkeitsarbeit

Die neue Publikation „Frauenökonomie in der handwerklichen Fischerei: Blue Economy und die lokalen Küstengemeinschaften“ befasst sich mit der unterbeleuchteten

Rolle von Frauen in der Kleinfischerei und beinhaltet Interviews mit Expert*innen und Partner*innen. Sie wurde im Rahmen des SDG-Projektes erstellt.

AG Tiefseebergbau

Zuständig in der Geschäftsstelle: Marie-Luise Abshagen

Die AG Tiefseebergbau arbeitete 2025 ausgesprochen effektiv zusammen und traf sich regelmäßig. Der Austausch zwischen den Verbänden wird von diesen als notwendig und hilfreich eingeschätzt, auch um immer wieder gemeinsame und abweichende Positionen auszuloten. Neben der Begleitung der Bundestagswahl und der Verhandlungen für ein Abbauregelwerk bei der Internationalen Meeresbodenbehörde (International Seabed Authority, ISA) sowie der Zusammenarbeit mit pazifischen Partnern hat eine Entwicklung die AG inhaltlich umgetrieben: Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) wollte ursprünglich gemeinsam mit dem Tiefseebergbau-Unternehmen Impossible Metals (IM) 2026/27 einen weiteren Test im deutschen Lizenzgebiet durchführen. Besonders brisant war dabei die Tatsache, dass die Technologie bisher ausschließlich im Labor und im wenige Meter tiefen Hafenwasser getestet wurde. Das Forum reichte gemeinsam mit Fair Oceans eine umfangreiche Stellungnahme mit dutzenden Fragen im internationalen Konsultationsprozess bei der ISA ein. Der Test wurde von IM schließlich mit Begründung logistischer Schwierigkeiten abgesagt.

Die AG Tiefseebergbau traf sich im Vorfeld der Sommer-Verhandlungsrunde bei ISA zum Gespräch mit BMW und BMUNK. Der Schwerpunkt lag auf Verhandlungsdetails

und Prognosen zu angekündigten (völkerrechtswidrigen) Abbauplänen der US-Regierung in der Hohen See. Erfreulicherweise hatte Umweltminister Schneider zuvor mehrfach erwähnt, dass er statt „precautionary pause“ „Moratorium“ als Position verwenden will. Langfristig hält Deutschland aber weiterhin am potentiellen Tiefseebergbau fest.

AG Biodiversität

Zuständig in der Geschäftsstelle: Nina Hrkalovic, Unterstützung durch Marie-Luise Abshagen

Nach einer längeren Pause nahm die AG ihre Arbeit im März 2025 wieder auf. Neben einem Rückblick auf die CBD-Verhandlungen wurden neue inhaltliche Schwerpunkte diskutiert, darunter Gentechnik, genetische Ressourcen sowie die politische Ansprache von Bundestag und Bundesregierung. Parallel wurde die Erweiterung des AG-Teilnehmenden aktiv vorangetrieben.

In den Folgetreffen 2025 lag der Fokus auf laufenden internationalen und europäischen Prozessen, darunter die IUCN-Debatte zu Geoengineering und synthetischer Biologie, die EU-Gentechnik-Deregulierung sowie Finanz- und Meeresfragen. Deutlich wurde der Wunsch, kontroverse Themen wie CCS differenziert zu behandeln. Für die kommenden Monate standen die Vorbereitungen auf SBSTTA, SBI und die nächste COP im Vordergrund. Ein geplanter Biodiversitäts-Rundbrief wurde auf 2026 verschoben.

Im Dezember 2025 befasste sich die AG unter anderem mit dem illegalen Handel von Berberaffen in Marokko. Das Projekt „Born to be Wild“ wurde als positives Fallbeispiel identifiziert und zur weiteren Verbreitung empfohlen. Weitere Schwerpunkte waren die Nationale Biodiversitätsstrategie (NBS), internationale Regulierungsfragen zu digitaler Sequenzinformation (DSI) sowie Geoengineering. Eine thematische Erweiterung der AG, u. a. zu Gentechnik und synthetischer Biologie, wird geprüft.

AG Wasser

Zuständig in der Geschäftsstelle: Nina Hrkalovic

Die AG Wasser tagte 2025 regelmäßig und setzte inhaltliche Schwerpunkte zu Menschenrechten, Wasserpolitik, Klimakrise und Wasserkraft. Rund um den Internationalen Tag des Wassers fanden mehrere relevante Aktivitäten statt, darunter die „Wasserzeichendemo“ in Berlin sowie die Konferenz „Wasser, Klima, Gerechtigkeit“ in Köln.

Ein wichtiger Arbeitsstrang war die Vorbereitung auf die UN-Wasserkonferenz 2026. Als zentrale Herausforderungen wurden der Rückgang von Finanzierungen, bislang nicht etablierte Prozesse, die schwache Berücksichtigung menschenrechtlicher Perspektiven sowie die Unklarheit des Begriffs „common goods“ benannt. Die AG verständ-

igte sich darauf, ihren inhaltlichen Fokus auf menschenrechtliche Perspektiven und Gemeingüter zu legen; ein Positionspapier ist in Arbeit.

Am 27. Mai 2025 führte die AG das Online-Seminar „Menschenrechte auf Wasser – Internationale und europäische Perspektiven“ durch. Diskutiert wurden u. a. Wasserprivatisierung, sanitäre Versorgung, Geschlechtergerechtigkeit sowie die EU-Wasserstrategie 2025. Besonders intensiv wurde ein Leak zur geplanten Europäischen Strategie für Wasserresilienz diskutiert.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Durchführung des internationalen Online-Seminars „Quelle des Lebens? Flüsse, Wasserkraft und die Klimakrise“ am 15. Oktober 2025 im Vorfeld der Klima-COP 30 in Belém. Gemeinsam mit Partnerorganisationen wurden die ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Folgen von Staudämmen beleuchtet. Vorgestellt wurden u. a. das Staudamm-Rückbauprojekt am Klamath River (USA) sowie zivilgesellschaftliche und indigene Perspektiven aus Brasilien. Das Seminar wurde als großer Erfolg bewertet, mehrsprachig übersetzt und veröffentlicht.

Zum Jahresende befasste sich die AG zudem mit der geplanten UN-Wasserkonferenz 2026 und einer UNEP-Resolution zum Schutz von Karstökosystemen. Die AG unterstrich deren hohe Bedeutung für die globale Trinkwasserversorgung und die Notwendigkeit früher zivilgesellschaftlicher Beteiligung.

Öffentlichkeitsarbeit 2025

Zuständig in der Geschäftsstelle: Nina Hrkalovic

Im Jahr 2025 lag ein zentraler Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit des Forums auf der redaktionellen Begleitung internationaler umwelt- und entwicklungspolitischer Debatten sowie auf dem strategischen Ausbau der digitalen Sichtbarkeit.

Der Rundbrief I/2025 erschien Anfang April und befasste sich mit den sozialen und ökologischen Auswirkungen der globalen Textilindustrie. Thematisiert wurden insbesondere Menschenrechtsverletzungen, Umweltbelastungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette sowie politische Ansatzpunkte zur nachhaltigen Regulierung der Branche. Der Rundbrief II/2025 widmete sich im Juni schwerpunktmäßig der bevorstehenden vierten Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD4) in Sevilla. In 13 Beiträgen wurden zentrale Herausforderungen der internationalen Finanzarchitektur beleuchtet, darunter Staatsschuldenkrisen im Globalen Süden, internationale Steuerpolitik, Privatisierungstendenzen, Handelsverträge sowie die Rolle von Menschenrechten und Entwicklungsbanken.

Parallel dazu begann 2025 die grundlegende Überarbeitung der Forums-Webseite zusammen mit einer Agentur. Die neue Webseite bietet eine verbesserte Navigation, ein nutzerfreundlicheres Backend und integriert den Rundbrief prominent auf der Startseite. Mit dem Relaunch begann zudem eine Kooperation mit der Zeitschrift *Welt-sichten*, in deren Rahmen Beiträge gegenseitig auf den jeweiligen Webseiten vorgestellt werden.

Im Bereich Social-Media wurde ab April 2025 zunächst der Instagram-Kanal des Forums neu ausgerichtet und regelmäßiger bespielt. Dazu gehörte die Überarbeitung des Profils, die Entwicklung eines einheitlichen Designs sowie die Definition der Zielgruppen. Im Umfeld der FfD4-Konferenz beteiligte sich das Forum an gemeinsamen Beiträgen mit Partnerorganisationen, um Reichweite und Sichtbarkeit zu erhöhen. Nach interner Auswertung wurde im Sommer entschieden, den Fokus stärker auf LinkedIn zu legen, da dort relevantere Zielgruppen aus Politik, Zivilgesellschaft und Fachöffentlichkeit erreicht werden.

Der Rundbrief III/2025 erschien Ende November und befasste sich mit dem Thema „Shrinking Spaces“ in der Zivilgesellschaft. Die Veröffentlichung wird vor allem über LinkedIn begleitet. Parallel dazu wurden die bestehenden Verteiler überarbeitet und aktualisiert, um den Versand und die Vermarktung des Rundbriefs langfristig zu verbessern.

TÄTIGKEITEN DES FUE IM RAHMEN VOM BUND GEFÖRDERTER PROJEKTE

Ressourcenpolitik

Zuständig in der Geschäftsstelle: Josephine Koch
Deutsche Extractive Industries Transparency Initiative (D-EITI)

Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) ist eine globale Initiative für mehr Rechenschaftspflicht und Transparenz im Rohstoffsektor. Deutschland (D-EITI) ist ihr 2015 beigetreten und hat sich somit verpflichtet, in einem jährlichen Bericht rohstoffbezogene Finanzströme zwischen Regierung und Wirtschaft sowie weitere wichtige Informationen über den Rohstoffabbau in Deutschland offenzulegen. Der D-EITI-Bericht wird gemeinsam von einer Multi Stakeholder Gruppe (MSG) aus Vertreter*innen der Regierung, Industrie und Zivilgesellschaft erstellt. Das Forum ist Teil der zivilgesellschaftlichen Gruppe und vertritt dort auch das NGO-Netzwerk Arbeitskreis Rohstoffe.

2025 lag der Arbeitsfokus auf der Fertigstellung des 8. D-EITI-Berichts (Mitte Dezember 2025) mit Daten aus 2023/2024 sowie der strategischen Weiterentwicklung der Initiative. Der 8. Bericht vertiefte die Sonderkapitel

zu Kreislaufwirtschaft und Versorgungssicherheit. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Umsetzung des neuen internationalen EITI-Standards 2023, der zusätzliche Transparenzanforderungen mit sich bringt. Hier setzte sich das Forum zusammen mit der zivilgesellschaftlichen Gruppe (ZG) in der D-EITI für ambitioniertere Anpassungen ein.

Die deutsche Umsetzung wurde 2025 international weiterhin als „Best Practice“ hervorgehoben. Strategisch gewinnt D-EITI angesichts geopolitischer Debatten um kritische Rohstoffe an Bedeutung. Gleichzeitig besteht ein Spannungsfeld zwischen erweiterten Transparenzanforderungen, Bürokratieabbau und der Gewinnung zusätzlicher Unternehmen für den Prozess.

Rohstoff- und Ressourcenwende

Im Zentrum der Arbeit des Netzwerks Ressourcenwende – einem Zusammenschluss von NGOs und Wissenschaft – stand 2025 die Begleitung der Umsetzung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) sowie die inhaltliche Profilierung einer sozial gerechten Ressourcenwende.

Das FUE arbeitete kontinuierlich in der NKWS-AG mit, in der u.a. Stellungnahmen zur Strategie als Handreichung für Ministerien und neue Abgeordnete sowie weitere Positionen des Netzwerks erarbeitet wurden. Hierfür stand das Forum zusammen mit dem Netzwerk auch 2025 in teils intensivem Austausch mit BMUKN, BMWi, Abgeordneten sowie Thinktanks.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit bestand in der kommunikativen Weiterentwicklung des Themas Suffizienz. Das Forum organisierte mit BUND und DNR einen Workshop mit Kommunikationsexpert*innen zu „Narrativen für eine gerechte Ressourcenwende“, um ressourcenpolitische Forderungen auch für konservative Akteure anschlussfähiger zu machen. Zudem wurde ein Steuerungskreis zur strategischen Weiterentwicklung des Netzwerks eingerichtet, dem das Forum angehört.

Das FUE war auch im Jahr 2025 aktiver Teil des zivilgesellschaftlichen Netzwerks AK Rohstoffe. Im Mittelpunkt der Arbeit des AKs stand die strategische Auseinandersetzung mit der zunehmenden Fokussierung auf Versorgungssicherheit, geopolitische Resilienz und heimischen Rohstoffabbau – bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust von Klima-, Umwelt- und Menschenrechtsthemen. Diese Themen und der strategische Umgang damit waren Gegenstand netzwerkinternen Tagungen des AK.

Zudem wurde neben der bestehenden AG zum Critical Raw Materials Act der EU die AG „Bergbau in Deutschland“ eingerichtet, in der das Forum maßgeblich mitarbeitet. Ziel ist es, die Positionierung des AKs zum geplanten

metallischen Abbau (u. a. Lithium, Kupfer) in Deutschland zu schärfen, die Rolle „strategischer Projekte“ und finanzieller Instrumente zu analysieren und die Robustheit von Umwelt- und Sozialstandards zu diskutieren. Ein Austausch mit dem Sächsischen Oberbergamt sowie die Erstellung einer Studie (von NABU und Powershift) zum Vergleich internationaler Bergbaustandards ermöglichten hier eine fachliche Vertiefung.

Zu den politischen Interventionen der Arbeit im AK Rohstoffe gehörten 2025 Anschreiben an Fachpolitiker*innen und Ministerien im Vorfeld sowie im Nachgang der Koalitionsverhandlungen. Der AK veröffentlichte zudem Positionspapiere, u. a. zum Rohstofffonds, zum Omnibus-Verfahren und zu entwicklungspolitischen Rohstoffpartnerschaften.

Wertvoll für die konstruktive Auseinandersetzung mit den aktuellen rohstoffpolitischen Prozessen sind die Austauschrunden mit BMW, BMZ und BMUKN, die der Koordinierungskreis des Netzwerks ungefähr vierteljährlich organisiert. Eine weitere wichtige Plattform für Diskussion und Analyse bildet die Initiative „Metallwende“ des AKs mit der IG Metall. Hier werden Themen wie Rohstoffverbrauch, Kreislaufwirtschaft, Deregulierungstendenzen und Lieferkettenproblematiken aus NGO- und gewerkschaftlicher Sicht zusammengebracht. Das Forum war auch 2025 Bestandteil dieser Austauschrunden.

Chemikalien/Global Framework on Chemicals

Zuständig in der Geschäftsstelle: Tom Kurz

Das FUE arbeitet aktiv an der Weiterentwicklung und Implementierung des „Global Framework on Chemicals – for a Planet free of Harm from Chemicals and Waste“ (GFC) mit und koordiniert die deutsche Zivilgesellschaft in diesem Prozess. Im Jahr 2025 lag dabei ein Fokus auf der Teilnahme an der ersten Open-Ended Working Group des GFC, die im Juni in Uruguay tagte. Neben der Zusammenarbeit mit den deutschen Partnerorganisationen erfolgte eine Zusammenarbeit mit dem International Pollutants Elimination Network (IPEN) und darüber eine Verzahnung mit Positionen der internationalen Zivilgesellschaft. Schwerpunkte bildeten in diesem Jahr die Arbeit zum Gender Action Plan, zu den sogenannten Issues of Concern (8 Schwerpunktthemen im GFC), Kommentierungen zu den Implementierungsprogrammen und zu den Indikatoren und der Messbarkeitsstruktur. Neben monatlichen Treffen mit der Zivilgesellschaft, die das Forum koordiniert, erfolgte auch ein stetiger Austausch mit dem Bundesumweltministerium.

Wie in den Jahren zuvor fand auch 2025 eine gemeinsame Webinarreihe unter dem Titel „chemiepolitische Mittagstalks“ statt, die zusammen mit den Partnerorganisationen BUND, EnvMed, HEJ Support, PAN Germany und WECF durchgeführt wurde. Der Fokus lag dieses Mal auf der Wirkung von Chemikalien in den Umweltmedien Luft, Wasser und Boden, Eintragspfaden und Mobilität sowie

Das Forum mit Mitgliedern von acht weiteren Organisationen auf der jährlichen Exit Plastik Konferenz im Februar 2025 in Berlin.



der Wirkung auf die menschliche Gesundheit. Dabei wurden Lösungsansätze auf unterschiedlichen politischen Ebenen diskutiert. Die insgesamt vier Webinare im Herbst erreichten jedes Mal 50 Personen.

Über das internationale Chemikalienmanagement hinaus lag der Fokus auf der Regulierung der per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) auf Ebene der EU. Ein unter anderem von deutschen Behörden bereits 2023 eingereichter Vorschlag zur Beschränkung der Gruppe sieht weitreichende Nutzungsverbote für PFAS vor. Dieser Vorschlag wird aus der Zivilgesellschaft aktiv unterstützt.

Im Kontext der Bundestagswahlen erarbeitete das Forum zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Forderungen und Positionen für eine ambitionierte Chemikalienpolitik und trug diese vor den Wahlen und während der Sondierungsgespräche an Parteien heran. Nachdem der Bundestag sich neu konstituiert hatte, schickte das Forum ein gemeinsames Papier an die neuen Mitglieder im Umweltausschuss sowie an weitere relevante Abgeordnete zur Bedeutung und Reichweite einer ambitionierten Chemikalienpolitik.

Das Forum ist zudem im zivilgesellschaftlichen Bündnis Exit Plastik aktiv. Neben dem Einbringen von chemiepolitischen Aspekten in die Bündnisarbeit lag der Fokus vor allem auf dem Einbezug einer entwicklungspolitischen Perspektive in die deutsche Diskussion und das Bündnis.

TÄTIGKEITEN DES FUE IM RAHMEN VON DRITTMITTELGEFÖRDERTEN PROJEKTEN

Finanzierung nachhaltiger Entwicklung

Zuständig in der Geschäftsstelle: Wolfgang Obenland

Der Arbeitsbereich konnte auch 2025 durch finanzielle Förderung durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) weitergeführt werden. Ziel bleibt es, im Themenbereich „Finanzierung nachhaltiger Entwicklung“ zu einer besseren Abstimmung der Aktivitäten und Positionen zivilgesellschaftlicher Akteure beizutragen, diese stärker in die politischen Zusammenhänge auf nationaler und globaler Ebene einzuspeisen und, wo nötig, durch eigene Aktivitäten zu unterstützen.

Inhaltlich im Zentrum stand 2025 die 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (4th International Conference on Financing for Development FfD4) Ende Juni/Anfang Juli in Sevilla, Spanien. Neben der politischen Advocacy-Arbeit in Berlin und international fokussierte sich das Forum auf Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland. Das Forum war Mitveranstalter bei verschiedenen Events: In Kooperation mit VENRO und

anderen Akteuren wurden zwei Konferenzen organisiert – am 19. Februar online mit Fokus auf globale Belange und am 25. Juni in Berlin mit Fokus auf die Rolle der Bundesregierung im Kontext der Konferenz von Sevilla. Mit 154 bzw. 97 Teilnehmenden waren beide Veranstaltungen ausgesprochen gut besucht.

Bei der FfD4-Konferenz selbst hat das Forum – wiederum gemeinsam mit VENRO und anderen Partnern – ein Event zu „Inklusivem Multilateralismus und die internationale Schuldenarchitektur“ veranstaltet. Panelist*innen aus der Bundesregierung (BMF) und aus dem globalen Süden haben die Veranstaltung zu intensiven Diskussionen über mögliche Lösungen für die globale Schuldenkrise genutzt. Im Nachgang zu FfD4 organisierte das Forum gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, dem Rat für Nachhaltige Entwicklung und weiteren Partnern die Veranstaltung „Die Zukunft der Entwicklungsfinanzierung – Wie weiter nach der Weltkonferenz in Sevilla?“ am 10. Juli in Berlin, um die Ergebnisse zu bewerten und diskutieren.

Auch redaktionell wurde die FfD4-Konferenz begleitet. Neben verschiedenen Textbeiträgen und Pressemeldungen ist die Ausgabe 2/2025 des Rundbriefs hervorzuheben, die sich in ihrem Schwerpunktteil ausführlich mit den diversen in Sevilla behandelten Themen befasste. Auf der Projektwebseite wurden mehrere hundert Beiträge zu Themen rund um die FfD-Agenda veröffentlicht. Über die Inhalte der Webseite informiert außerdem der monatlich erscheinende Newsletter „Transformator“.

Begleitet hat das Projekt außerdem die diversen politischen und zivilgesellschaftlichen Diskussionen rund um internationale Events und Prozesse. Dazu gehörten z. B. die 16. UN-Konferenz über Handel und Entwicklung im Herbst 2025, die traditionell auch finanzpolitische Themen behandelt, die Klima-Vertragsstaatenkonferenz im November in Belem mit ihrem Schwerpunkt auf Finanzierungsfragen und nicht zuletzt der 2. Weltsozialgipfel in Doha, ebenfalls im November 2025. Im vom Projekt koordinierten Verbändenetzwerk gab es mehrere Treffen. Das Forum war zudem international aktiv im Civil Society Financing for Development Mechanism und vertrat dieses Gremium bis Jahresende im Governing Body des Regional Civil Society Engagement Mechanism bei der UN Economic Commission for Europe (UNECE).

Netzwerk Gerechter Welthandel

Zuständig im Forum: Ludwig Essig (freie Mitarbeit)

Strategische Ausrichtung und politische Begleitung

Das Jahr 2025 war für das Netzwerk Gerechter Welthandel geprägt von intensiver politischer Begleitung neuer und alter handelspolitischer Themen. Insbesondere das

EU-Mercosur-Abkommen, Doppelstandards im EU-Export (Pestizide), neue Handelsinitiativen mit Indien, Indonesien und den USA sowie Fragen der zukünftigen Ausrichtung der deutschen und europäischen Handelspolitik standen im Zentrum der Arbeit.

Zu Beginn des Jahres trug das Netzwerk mit einem Hintergrundartikel in den Lateinamerika-Nachrichten zur öffentlichen Einordnung der Entwicklungen rund um EU-Mercosur bei. Parallel wurde die politische Debatte auf Landes- und Bundesebene begleitet, u. a. durch einen Input im baden-württembergischen Landtag zu den Auswirkungen des Abkommens auf die europäische Landwirtschaft.

Im Frühjahr lag ein Schwerpunkt auf der Vorbereitung der politischen Phase rund um die geplante Abstimmung zum EU-Mercosur-Abkommen im Europäischen Parlament. Ein internes Strategietreffen, flankiert von vorbereitenden Webinaren, diente der Abstimmung einer gemeinsamen politischen Linie. Eine interne Arbeitsgruppe entwickelte ein 10-Punkte-Papier zur zukünftigen Handelspolitik, und mehrere Briefings wurden vorbereitet.

Ein wichtiger inhaltlicher Beitrag war die Erstellung eines Dossiers zur Schiedsklage der AET gegen den deutschen Kohleausstieg, das in Kooperation mit deutschen und schweizerischen NGOs erarbeitet und veröffentlicht wurde. Darüber hinaus unterstützte das Netzwerk einen öffentlichen Aufruf zur Beendigung des Exports verbotener Pestizide und intensivierte die Advocacy-Arbeit zu Doppelstandards im EU-Export.

Im Laufe des Jahres wurden mehrere Newsletter, Pressemitteilungen und Hintergrundpapiere veröffentlicht, um politische Entwicklungen zu begleiten und die Öffentlichkeit zu informieren.

Am 4. und 5. Juni 2025 organisierte das Netzwerk die Fachtagung „Krise des Freihandels: Grenzen des exportorientierten deutschen Wirtschaftsmodells“, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt wurde. Die Ergebnisse wurden in einem ausführlichen Protokoll dokumentiert und sollen Diskussionsgrundlage für weitere Arbeit zu dem Thema sein.

Politische Interventionen, Aktionen und öffentliche Mobilisierung

Das Netzwerk beteiligte sich 2025 an zahlreichen Aktionen und Demonstrationen. Ein europaweiter Aktionstag gegen EU-Mercosur im Juni wurde mit einer öffentlichkeitswirksamen Aktion vor dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) begleitet. Im Oktober fand eine bundesweite Demonstration in Bremen

unter dem Motto „Gemeinsam ackern: EU-Mercosur stoppen! – Für eine solidarische Agrar- und Ernährungswende!“ statt. Diese Mobilisierung war Teil der europäischen „Toxic Trade Tour“, die gegen Pestizidexporte und problematische Handelsabkommen protestierte. Weitere Protestaktionen im Rahmen der Tour fanden in München und Berlin statt.

Ein wichtiger Teil der politischen Arbeit war das parlamentarische Frühstück im September, an dem Bundestagsabgeordnete und Mitarbeitende aus Abgeordnetenbüros teilnahmen. Das Treffen ermöglichte einen vertieften Austausch zu handelspolitischen Themen und stärkte die Sichtbarkeit der Netzwerkpositionen.

Darüber hinaus führte das Netzwerk zahlreiche Gespräche mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments, dem BMWK, der Ständigen Vertretung Deutschlands in Brüssel sowie Vertreter*innen politischer Parteien zu EU-Mercosur, EU-Indonesien, EU-Indien, einem möglichen US-Deal, dem Export von verbotenen Pestiziden und möglichen transatlantischen Handelsinitiativen.

Netzwerkentwicklung

Der Koordinationskreis nahm im Herbst seine Arbeit wieder auf, um das Netzwerk strategisch breiter aufzustellen. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen der AG Handel und dem Netzwerk wurden etabliert, um die Effizienz der Koordination zu steigern. Zudem wurde die Sammlung von Unterstützungserklärungen für ein zivilgesellschaftliches Statement zu EU-Mercosur gestartet.

Ausblick

Mit der Einleitung des Ratifizierungsprozesses für das EU-Mercosur-Abkommen, neuen Handelsinitiativen und zunehmender Debatte über Doppelstandards im EU-Export konnte das Netzwerk Gerechter Welthandel seine Rolle als zentrale zivilgesellschaftliche Stimme weiter deutlich erheben. Das Netzwerk wird auch künftig für eine sozial gerechte, ökologische und demokratisch kontrollierte Handelspolitik eintreten und seine Advocacy-, Kampagnen- und Vernetzungsarbeit weiter stärken.



IM FOKUS



Kampagne „Meine Landwirtschaft“

„Für den Erhalt vieler und vielfältiger Höfe, für Tier-, Klima- und Umweltschutz: Gemeinsam haben Landwirtschaft und Zivilgesellschaft im Jahr 2025 für die Agrar- und Ernährungswende demonstriert. Auf der Wir haben es satt!-Demonstration riefen tausende Menschen: „Schluss mit dem agrarindustriellen System – gesunde und bezahlbare Lebensmittel für alle!“

Inka Lange, Leitung der Kampagne



MITARBEITER*INNEN:

Anne Skambraks (bis 10/2025), Nicola Puell, Susana Woitzik (bis 09/2025), Laura Krivocheia (bis 03/2025), Svea Betker, Imke Scheepstra (ab 05/2025), Jan Greve (ab 04/2025), Janina Hielscher (ab 11/2025), Mia Mancini, Pauline Naterstad, Hanna Schöpf, Mara Kirch (ab 09/2025)



Mehr Informationen im Internet:
www.meine-landwirtschaft.de



Hof mit Zukunft, Juni 2025

IM FOKUS

Kampagne „Meine Landwirtschaft“

„Meine Landwirtschaft“ ist ein Projekt des Forum Umwelt & Entwicklung unter der Rechtsträgerschaft des DNR. Im Projekt ist das „Wir haben es satt!“-Bündnis aktiv, ein breiter Zusammenschluss von rund 60 Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Ernährung, Umwelt-, Natur- und Tierschutz sowie Entwicklungszusammenarbeit. Das Bündnis setzt sich seit 2010 für eine Ernährungs- und Agrarwende ein, hin zu einer bäuerlich-ökologischeren sowie sozial-, tier- und umweltfreundlichen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in Deutschland und weltweit.

„Wir haben es satt!“-Protest im Januar

Die „Wir haben es satt!“-Demonstration (WHES) fand am 18. Januar 2025 mit 9.000 Menschen unter dem Motto „Wer profitiert hier eigentlich? Wir haben Agrarindustrie satt!“ statt. Die Demo stand im Zeichen der vorgezogenen Bundestagswahl im Februar 2025. Gemeinsam gingen Bäuer*innen und Verbraucher*innen auf die Straße, um ihre Forderungen an die künftige Koalition zu adressieren. Auf dem Platz vor dem Reichstagsgebäude bildeten Demo-Teilnehmende ein riesiges Wahlkreuz aus Menschen, darunter ein Banner mit dem Spruch „Mutige Agrarpolitik wählen!“.

Am Morgen des Demotages übergaben die Bäuerinnen und Bauern, die mit ihren Traktoren nach Berlin gekommen waren, eine Protestnote zum Thema „Zukunft braucht Höfe: Bäuerinnen und Bauern vor Konzerninteressen – weltweit“ an Bundesminister Özdemir und die im Global Forum for Food and Agriculture versammelten Agrarminister*innen der Welt.

Im Rahmenprogramm der Protestaktion fanden die „Schnippeldisco“ am Vorabend und das „Fest der Agrarwende“ im Anschluss an die Demonstration statt. Auf der Schnippeldisco wurde von ca. 500 Personen gemeinsam

gerettetes Gemüse für die Suppe am Demotag geschnippelt. Zum Fest der Agrarwende kamen über 800 Teilnehmer*innen. Organisiert wurde das Event mit der Heinrich-Böll-Stiftung.

Weitere Aktivitäten

2025 fand zum bereits fünften Mal die Dialog-Aktion „Hof mit Zukunft – Aktivismus trifft Landwirtschaft“ statt. Vom 19. bis 22. Juni beteiligten sich 68 Aktivist*innen und 28 landwirtschaftliche Betriebe bundesweit – so viele Teilnehmende gab es noch nie zuvor. Die Idee dahinter: Die Aktivist*innen lernen die Realitäten auf den Betrieben kennen und arbeiten zwei Tage mit. Dabei werden intensive Gesprächsmomente geschaffen, bei denen nicht nur konträre Positionen ausgetauscht, sondern auch Schritte aufeinander zugegangen werden. Deutschlandweit beteiligten sich die unterschiedlichsten landwirtschaftlichen Betriebe – von bio bis konventionell, groß bis klein, solidarischem Gemüseanbau bis Schweinemastbetrieb. Das Dialogformat wurde von großem Interesse der Presse begleitet, da der Fokus auf Dialog und das Abbauen von Vorurteilen als sehr wertvoll wahrgenommen wurde.

Am 10. Juli protestierte das WHES-Bündnis bei der Sonder-Agrarministerkonferenz in Berlin gegen Rückschritte bei der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). Unter der Überschrift „Zukunftsfähige Landwirtschaft nicht wegschieben – Umwelt- und Tierschutz für Bäuer*innen wirtschaftlich machen!“ gab es ein Aktionsbild mit einer Planierdraht, die sinnbildlich versucht, die zukunftsfähige Landwirtschaft wegzuschieben.

Good Food Good Farming

Unter der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ ist auch die europaweite Plattform „Good Food Good Farming“ (GFGF) tätig, die seit 2018 Kampagnen für eine nachhaltige Agrar- und Ernährungspolitik in der EU durchführt. Im ersten Halbjahr setzte GFGF einen Schwerpunkt auf die Stärkung der Zusammenarbeit mit den pan-nationalen Bündnissen, insbesondere im Hinblick auf die GAP-Reform nach 2027 und den erwarteten Kommissionsvorschlag im Juli 2025. Gemeinsam mit neun Koalitionen aus sechs Ländern wurde ein Positionspapier erarbeitet und am 10. Juni veröffentlicht, das paneuropäische Interessen für die künftige GAP bündelt. Das Papier wurde von 97 Organisationen aus 13 Ländern unterzeichnet. Auf dieser Grundlage organisierten GFGF, ihre nationalen Bündnisse und das Access to Land-Netzwerk einen Workshop für Mitglieder des Europäischen Parlaments. Ergänzend dazu wurde gemeinsam mit IDDRI und IFOAM Organics ein Treffen mit Vertreter:innen der EU-Kommission organisiert, bei dem das Positionspapier sowie das aus den Europäischen Aktionstagen 2024 hervorgegangene Rezeptbuch für eine bessere GAP vorgestellt wurden.

Parallel zur Interessenvertretung führte GFGF eine Kommunikationskampagne durch, um die Öffentlichkeit für die Bedeutung der GAP und den bevorstehenden Reformvorschlag zu sensibilisieren. Dazu gehörten ein Video mit Stimmen aus der Zivilgesellschaft in neun EU-Sprachen sowie leicht verständliche Sharepics zur Veröffentlichung des Positionspapiers (ebenfalls in neun Sprachen), um die Inhalte in die breitere Öffentlichkeit zu tragen. Presse- und Social-Media-Arbeit flankierten sowohl die Kampagnen als auch die politische Arbeit der Bündnisse auf EU-Ebene.

Im Oktober 2025 organisierte GFGF die jährlich stattfindenden Aktionstage. Diese haben zum Ziel, Menschen in ganz Europa für die GFGF-Bewegung zu mobilisieren und das GFGF-Netzwerk zu erweitern. Im Mittelpunkt stand in diesem Jahr das Thema Ernährungsgerechtigkeit, mit Fokus auf bestehende Ungerechtigkeiten in den Ernährungssystemen und mögliche Wege zu deren Überwindung. Neu war ein partizipatives „Aktionsmenü“, aus dem Teilnehmende je nach ihren Kapazitäten wählen konnten: Petition unterschreiben, an einer Bildaktion teilnehmen oder eine Veranstaltung bzw. Filmvorführung organisieren. Kostenlose Filmlicenzen für „The Pickers“, ein Film über die Situation von Wanderarbeiter:innen im europäischen Ernährungssystem, wurden bereitgestellt mit dem Ziel, Diskussionen über Ernährungsgerechtigkeit anzustoßen. Insgesamt wurden durch die Projekt-, Mobilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit von GFGF 558 Aktionen – darunter 91 Veranstaltungen – in 28 europäischen Ländern sichtbar gemacht und von Presse- und Social-Media-Arbeit begleitet.

Bündnis „Good Food Good Farming“, jährliches Netzwerktreffen





**IM FOKUS**

Strukturen und Zahlen

„Eine starke Stimme für Natur, Umwelt und Klimaschutz braucht ein verlässliches Fundament. Solide Finanzen, transparente Strukturen und verantwortungsvolles Handeln schaffen die Voraussetzungen dafür, dass der DNR seine Aufgaben wirksam erfüllen und das Vertrauen seiner Mitglieder, Fördernden und Partner rechtfertigen kann.“

Florian Schöne, DNR-Geschäftsführer



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Sandra Schmidt, Sandra Punger, Susanne Stang, Savina Fürbaß-Zokoll, Ilona Kowalschek (ab 10/2025), Karen Walkowski, Fanny Feldmann, Annika Schmidt, Julien Schmidt (bis 03/2025), Lisa Berndt



Mehr Informationen im Internet:
www.dnr.de

EINNAHMEN 2025

Einnahmen in €

Institutioneller Haushalt DNR

Veröffentlichungen	0,00
Zinseinnahmen	0,20
Vermischte Einnahmen	7.050,98
Zweckfreie Spenden	0,00
Zweckgebundene Spenden	4.135,00
Übertrag aus Einnahmen zweckgebundener Spenden	0,00
Zuwendungen des BfN	1.864.003,12
Erstattung aus Verwaltungsausgaben	83.886,67
Mitgliedsbeiträge	190.150,00
Geldbußen	0,00
Summe institutioneller Haushalt DNR:	2.149.225,97

Projekte DNR

Zuwendung des Bundes für Projekte	8.971,77
Zuwendung Dritter	307.495,15
Summe Projekte DNR:	316.466,92

Institutioneller Haushalt
Forum Umwelt & Entwicklung

Veröffentlichungen	0,00
Zuwendungen des BfN	413.640,00
Mitgliedsbeiträge	45.500,00
Summe institutioneller Haushalt Forum Umwelt & Entwicklung:	459.140,00

Projekte
Forum Umwelt & Entwicklung

Zuwendung des Bundes für Projekte	85.977,38
Zuwendung Dritter	855.417,78
Summe Projekte Forum Umwelt & Entwicklung:	941.395,16

Gesamtsumme 3.866.228,05

AUSGABEN 2025

Ausgaben in €

Institutioneller Haushalt DNR

Ehrenamt	8.049,62
Personal	1.440.588,85
Verwaltungs- und Geschäftsbedarf	134.848,79
Mieten und Pachten	159.632,50
Aus- und Weiterbildung	10.135,99
Aufträge an Dritte	158.703,80
Reisekosten	16.520,42
Außergewöhnlicher Aufwand	16.294,78
Veröffentlichungen	112.047,08
Veranstaltungen	61.090,51
Vermischte Verwaltungsausgaben	14.110,05
Beiträge Vereine, Gesellschaften	4.710,00
Beiträge internationale Organisationen	12.493,58
Summe institutioneller Haushalt DNR:	2.149.225,97

Projekte DNR

Projekte des Bundes	13.626,18
Projekte Dritter	322.252,32
Summe Projekte DNR:	335.878,50

Institutioneller Haushalt
Forum Umwelt & Entwicklung

Personal	360.026,08
Verwaltungs- und Geschäftsbedarf	13.135,68
Mieten und Pachten	29.300,88
Reisekosten	3.415,29
Veröffentlichungen	28.072,83
Veranstaltungen	12.013,27
Vermischte Verwaltungsausgaben	13.175,97
Summe institutioneller Haushalt Forum Umwelt & Entwicklung:	459.140,00

Projekte
Forum Umwelt & Entwicklung

Projekte des Bundes	90.791,26
Projekte Dritter	899.749,76
Summe Projekte Forum Umwelt & Entwicklung:	990.541,02

Gesamtsumme 3.934.785,49

PROJEKTE DNR 2025

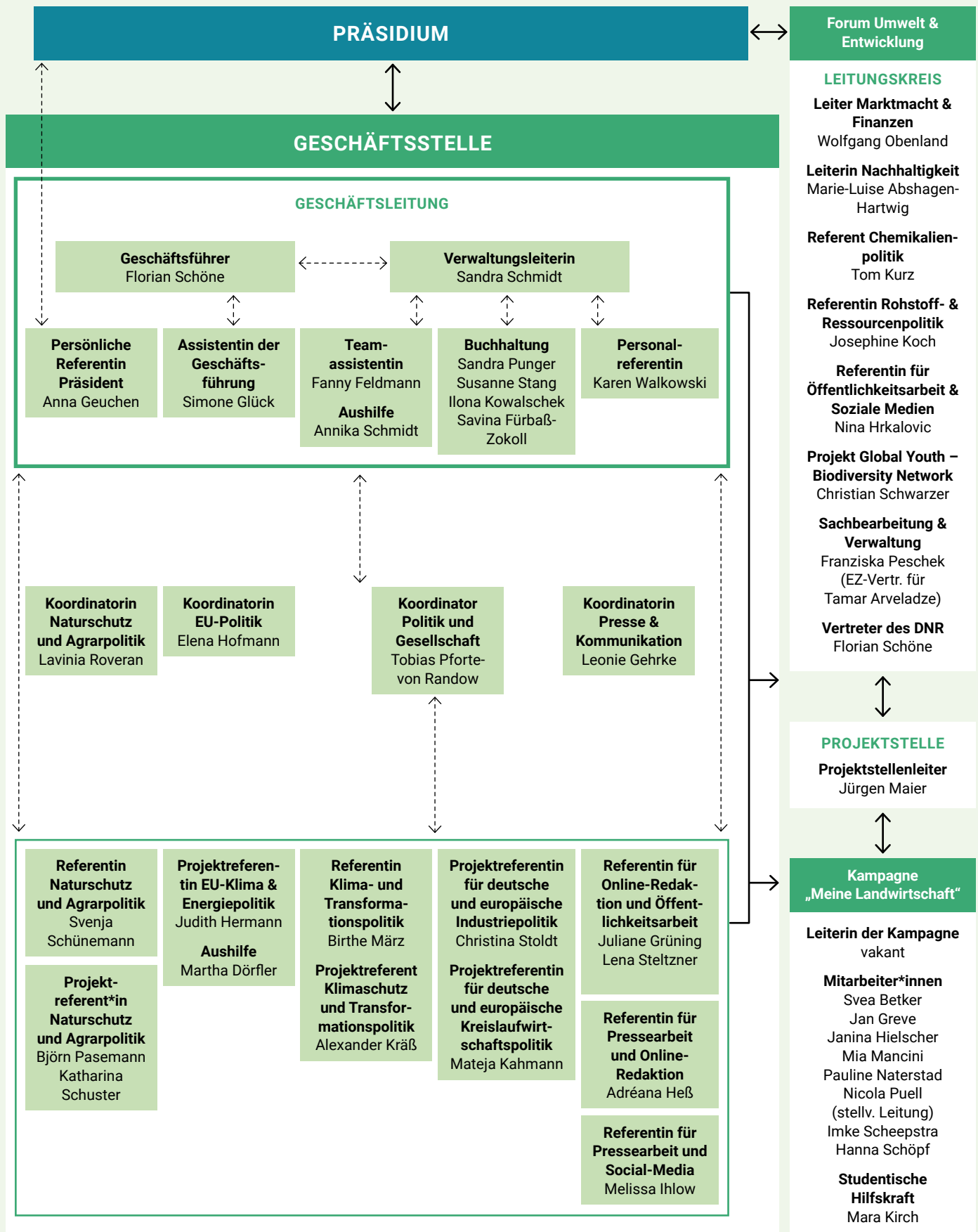
	Projekt	Einnahmen in €	Ausgaben in €
Zuwendungen des Bundes			
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. als Projektträger, beauftragt vom BMBF	Gemeinsame Agrarpolitik Phase II / Teilprojekt 5	-64,67	4.493,37
BUND (BMUV)	Ressourcenwende II	9.036,44	9.132,81
Zwischensumme		8.971,77	13.626,18
Zuwendungen Dritter			
ECF	Industrie	9.997,16	29.037,69
ECF	Beschleunigte Energiewende	42.287,49	24.880,13
ECF	EU 2040	46.249,50	42.256,48
ECF	Industrie 2.0	112.257,00	103.342,12
ECF	Beschleunigte Energiewende 2.0	43.805,00	65.995,30
ECF	EU 2040 2.0	30.245,00	34.086,60
Verschiedene	Netzentgeltstudie	22.654,00	22.654,00
Zwischensumme		307.495,15	322.252,32
Gesamtsumme		316.466,92	335.878,50

PROJEKTE FORUM UMWELT & ENTWICKLUNG 2025

	Projekt	Einnahmen in €	Ausgaben in €
Zuwendung Bund f. Projekte Tgr. 04			
UBA	SDG Green Economy und globale Nachhaltigkeitspolitik	21.148,74	15.044,22
BfN	Dialogplattform Wald	0,00	1.009,77
UBA	Internationale Chemikalienpolitik	64.828,64	74.737,27
Zwischensumme		85.977,38	90.791,26
Zuwendung Dritter f. Projekte Tgr. 05			
GIZ	Recovering Sustainably / Entwicklung nachhaltig finanzieren	73.877,28	64.673,74
GIZ	EITI	28.752,00	29.365,06
bis zu 50 Träger-organisationen	Netzwerk Gerechter Welthandel	39.260,00	39.143,19
Verschiedene	Global Youth Biodiversity Network	122.651,05	97.928,85
bis zu 50 Träger-organisationen und diverse Dritte	Kampagne Meine Landwirtschaft	549.961,61	635.293,75
Verschiedene	Sonstiges	40.915,84	33.345,17
Zwischensumme		855.417,78	899.749,76
Gesamtsumme		941.395,16	990.541,02

ORGANIGRAMM DES DNR

(Stand: 12/2025)



DNR-PRÄSIDIUM**(Stand: 12/2025)**

Name	Hintergrund
Prof. Dr. Kai Niebert Präsident	Prof. Dr. Kai Niebert ist seit 2015 DNR-Präsident. Er forscht und lehrt als Nachhaltigkeitsexperte an der Universität Zürich. Seine Schwerpunkte liegen in der Vermittlung verschiedener Aspekte der Nachhaltigkeit, besonders mit Blick auf den Klimawandel und die planetaren Belastungsgrenzen.
Heike Vesper Vizepräsidentin (seit 10/2025)	Heike Vesper ist Biologin und leitet beim WWF Deutschland den Vorstandsbereich Transformation von Politik & Wirtschaft. Vor ihrer aktuellen Position leitete sie den Fachbereich Meeresschutz. Darüber hinaus ist sie seit 2014 Vorsitzende der International Baltic Sea Foundation for Nature Conservation.
Thomas Schröder Vizepräsident	Seit Oktober 2011 leitet Thomas Schröder als Präsident die Geschicke des Deutschen Tierschutzbundes. Seit 2017 ist er zudem Vorsitzender der Stiftung des Deutschen Tierschutzbundes.
Adrian Johst Schatzmeister (seit 10/2025)	Der Biologe Adrian Johst ist Geschäftsführer der Naturstiftung David, einer Stiftung des BUND Thüringen. Er war von März 2021 bis Oktober 2025 Beisitzer und ist seit Oktober 2025 Schatzmeister im DNR-Präsidium.
Jan Peters Beisitzer	Jan Peters wurde im Oktober erneut als Beisitzer ins DNR-Präsidium gewählt. Der Dipl.-Landschaftsökologe ist Geschäftsführer der Michael Succow Stiftung, Partner im Greifswalder Moor Centrum, dessen Koordinationskreis er angehört.
Martina Schaub Beisitzerin (seit 10/2025)	Die Vorständin bei OroVerde – Die Tropenwaldstiftung ist seit Oktober 2025 Mitglied im DNR-Präsidium. Ihre langjährige Erfahrung aus Umwelt- und Entwicklungsorganisationen möchte sie in den DNR einbringen, um die sozial-ökologische Transformationen voranzubringen und nationale wie internationale Themen miteinander zu verknüpfen.
Melanie Grimm Beisitzerin	Melanie Grimm wurde im Oktober erneut als Beisitzerin in das DNR-Präsidium gewählt. Die Diplom-Sozialpädagogin ist seit 2015 Vizepräsidentin des Deutschen Alpenvereins (DAV).
Carolyn Schenuit Beisitzerin (seit 10/2025)	Carolyn Schenuit ist seit Oktober 2020 geschäftsführende Vorständin des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS). Als Expertin für Energiepolitik, Klimaschutz und ökologische Finanzreform bereichert sie seit Oktober 2025 das DNR-Präsidium.
Silvie Kreibiehl Beisitzerin (seit 10/2025)	Die Klimafinanzierungsexpertin und gelernte Diplom-Kauffrau (Jahrgang 1976) vertritt die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch. Kreibiehl fungierte von März 2021 bis Oktober 2025 als Vizepräsidentin, und wurde ab Oktober als Beisitzerin ins DNR-Präsidium gewählt.
Jörg-Andreas Krüger Beisitzer (seit 10/2025)	Der Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) ist seit Oktober 2025 Mitglied im DNR-Präsidium. Der Natur- und Umweltschutzspezialist Jörg-Andreas Krüger ist ursprünglich Landschaftsarchitekt und blickt auf langjährige Aktivitäten in Umweltorganisationen zurück.
Felicia Graubner Jugendvertreterin (seit 10/2025)	Die Umweltnaturwissenschaftlerin Felicia Graubner ist Mitglied im Vorstand der BUNDjugend und arbeitet heute freiberuflich als Bildungsreferentin zu Themen der nachhaltigen Mode, Demokratie, Gewerkschaften und sozial-ökologischen Transformation. Sie vertritt seit Oktober 2025 die Jugendumweltverbände im DNR-Präsidium.

DNR-MITGLIEDSCHAFTEN

(Stand: 12/2025)

Ansprechpartner*in

Allianz für Weltoffenheit	Tobias Pforte von Randow (DNR)
Aktionsbündnis Klimaschutz	Tobias Pforte von Randow (DNR)
Aktionsbündnis Lebendige Oder	Florian Schöne (DNR)
Bündnis für Gemeinnützigkeit	Florian Schöne (DNR)
Bündnis für bezahlbaren Wohnraum	Tobias Pforte von Randow (DNR), Birthe März (DNR)
Bits und Bäume Netzwerk	Simone Glück (DNR), Alexander Kräß (DNR)
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)	Florian Schöne (DNR)
Climate Action Network (CAN)	Elena Hofmann (DNR)
Deutsches Koordinierungsbüro Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU)	Margita Dihlmann (bfub)
Europäische Vereinigung für Normung der Umweltverbände (ECOS)	Florian Schöne (DNR), Margita Dihlmann (bfub)
Europäisches Umweltbüro (EEB)	Florian Schöne (DNR)
Europäische Bewegung Deutschland (EBD)	Elena Hofmann (DNR)
Fachagentur Wind und Solar (FA Wind)	Florian Schöne (DNR)
Gebäude-Allianz	Birthe März (DNR)
International Union for the Conservation of Nature (IUCN), Focal Point Deutschland	Florian Schöne (DNR), Lavinia Roveran (DNR)
Initiative Bundesweiter Digitaltag	Tobias Pforte von Randow (DNR)
Initiative kulturelle Integration (Deutscher Kulturrat)	Kai Niebert, Anna Geuchen
Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ)	Florian Schöne (DNR), Simone Glück (DNR)
Ökologischer Tourismus in Europa e.V. (ÖTE)	Florian Schöne (DNR)
Verein Grüner Strom Label	Birthe März (DNR)

VERTRETER*INNEN DES DNR IN VERSCHIEDENEN GREMIEN

(Stand: 12/2025)

Vertreter*innen des DNR in verschiedenen Gremien

delegiert

Altbatteriekommission (§§ 35, 36 BattDG)	Dr. Marieke Hoffmann (DUH)
Bundesministerium für Wohnen, Städtebau und Bauwesen (BMWSB), Beirat Innenstadt	Kerstin Haarmann (VCD)
Bundesstelle für Energieeffizienz (BfEE), Beirat	Gabriela Terhorst (BUND)
BMUV Beirat "Umwelt und Sport"	Carolin Ritter (VCD)
Bundesplattform Wald – Sport, Erholung, Gesundheit (WaSEG) des BMEL, Beirat	Ludwig Wucherpfennig (DAV)
DBU Naturerbe GmbH, Beirat	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
DIN-KU (Koordinierungsstelle Umweltschutz), Fachbeirat 1 „Umweltschutz“	Margita Dihlmann (bfub)
DIN-Normenausschuss Grundlagen des Umweltschutzes (NAGUS)	Dr. Ludwig Glatzner (BUND)
Deutsch-Französischer Bürgerfonds des BMFSFJ, Beirat	Germanwatch (NN)
Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt, Fachbeirat Strukturförderung	Florian Schöne (DNR)
Einwegkunststoffkommission (BMUV), Mitglied	Dr. Rolf Buschmann (BUND), Stellvertreter: Raphael Brendel (DUH)
Europäisches Umweltbüro (EEB), Deutsches Council-Mitglied, Vorstand	André Prescher (BUND)
Fachagentur Windenergie und Solar, Vorstandsmitglied	Florian Schöne (DNR)
Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR), Fördermitglied	Lavinia Roveran (DNR)
Initiative Bundesweiter Digitaltag, Beirat	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE), Beirat	Adrian Johst (Naturstiftung David), Stellvertreter Florian Schöne (DNR)
Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), Vorsitzender des Kuratoriums	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
Kommission für Anlagensicherheit (KAS), Kommissionsmitglied	Volker Molthan
Koordinierungsbüro Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU), Verbändevertreterin strategischer Lenkungsreis	Margita Dihlmann (bfub)
Nationale Plattform (NP) Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), Mitglied	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
Nationaler GAP-Strategieplan des BMEL, Begleitausschuss	Lavinia Roveran (DNR), Björn Pasemann (DNR)
Projektstelle Forum Umwelt und Entwicklung (FUE), Leitungskreis	Florian Schöne (DNR)
Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)	Prof. Dr. Kai Niebert
Statistisches Bundesamt (Statistischer Beirat)	Prof. Dr. Eberhard Seifert
Steuerungskreis zur Normungsroadmap Wasserstofftechnologien (Verbundprojekt von) DIN, DKE, DVGW, NWB, VDA, VDI und VDMA	Sascha Müller-Kraenner DUH
Stiftung Naturschutzgeschichte, Vorstand	Undine Kurth (ehemals DNR)
Stiftung Umweltenergierecht, agree.d-Projekt („Auswirkungen des EU Green Deal auf Klimaschutz- und Energierecht in Deutschland“), Projektbeirat	Elena Hofmann (DNR)
Umweltgutachterausschuss (UGA), Mitglieder	Vollmitglied (und stellv. UGA-Vorsitzender): Dr. Ludwig Glatzner (BUND); Stellvertreter: Dr. Stefan Müssig (bfub), Vollmitglied: Ulf Raesfeld (Naturfreunde), Stellvertreter Dr. Joachim Nibbe (Naturfreunde) Vollmitglied N.N. – Stellvertreter Prof. Frank Ebinger (BUND)
Umweltzeichen (Blauer Engel), Jury	Katharina Istel (NABU), Julia Römer (BUND)
Vordenkwerk, Beirat	Christina Stoldt (DNR)
Zentrale Stelle Verpackungsregister, Verwaltungsrat	Katharina Istel (NABU)
Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL)	Prof. Dr. Kai Niebert
Zusammen für Demokratie, Koordinierungsausschuss	Anna Geuchen (DNR)



Gründung



**Vertretene
Organisationen**
(Stand: 12/2025)



**Erreichte
Menschen**

Gemeinsames Ziel

Natur- und Lebensräume schützen, Schönheit der Landschaft und Ressourcen unseres Planeten bewahren.



Schwerpunkt 01

Unser Naturverständnis

Für den DNR ist Natur sowohl physische Lebensgrundlage als auch entscheidend für ein sinnerfülltes Leben des Menschen. Erst die unmittelbare Erlebbarkeit von Natur und Landschaften bietet einen emotionalen Zugang zu ihr. Neben der Erhaltung der biologischen Vielfalt muss daher der Schutz der Landschaften wieder ins Zentrum des Naturschutzes gerückt werden.



Schwerpunkt 02

Nachhaltigkeit

Damit die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden können und die heutige Gesellschaft nicht auf Kosten zukünftiger Generationen lebt, sind Entscheidungen auf allen politischen Ebenen auf der Grundlage von Nachhaltigkeitsanforderungen zu treffen, die sich an den Zielen der Biodiversitätserhaltung orientieren. Hierfür müssen für die jeweiligen Bereiche anspruchsvolle Standards als Orientierung für verantwortungsbewusstes Handeln entwickelt werden. Der DNR gestaltet mit seinen Mitgliedsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren diesen Prozess mit.



Schwerpunkt 03

Gesellschaftlicher Umbau

Das heutige Finanz- und Wirtschaftssystem stößt an seine Grenzen. Notwendig ist die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, verbunden mit weniger Konsum in den Industriegesellschaften, einer entsprechenden Regulierung der Finanzmärkte sowie einer ökologischen Finanzreform. Darüber hinaus setzt sich der DNR für die Einführung eines nationalen Wohlfahrtsindex als Maßstab für gesellschaftliche und politische Entscheidungen zur Ergänzung des Bruttoinlandsprodukts ein. Er strebt eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen im Sinne eines an seinen Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Wettbewerbsrechts an.

DNR-MITGLIEDER 2025 (Stand: 12/2025)



Impressum

HERAUSGEBER

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur-, Tier-
und Umweltschutzorganisationen (DNR) e.V.

Marienstraße 19-20, 10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30 6781775-70

E-Mail: info@dnr.de

www.dnr.de

REDAKTION

Simone Glück, Florian Schöne, Adréana Hess, Melissa Ihlow, Juliane Grüning, Susanne Stang, Daniel Hufeisen

LAYOUT UND GESTALTUNG

Henrike Ott

FOTOS

Titelbild: AdobeStock/Tom Ramsey, S. 5 AdobeStock/Tim, S. 6 AdobeStock/Annabell Gsödl, S. 7 Annika Schmidt, DNR
S. 8 AdobeStock/Baikal360, S. 9 Fabian Melber, S. 11 AdobeStock/Christian Schwier, S. 12 AdobeStock/Annabell Gsödl,
S. 13 Annika Schmidt, S. 14 AdobeStock/AlexGo, S. 15 Torsten Greb, S. 16 AdobeStock/ahavelaar, S. 18 AdobeStock/AA+W,
S. 19 BMV, S. 20 Oliver Lang, S. 21 VDI ZRE/BMUV, AdobeStock/Jarama, S. 22 AdobeStock/tphoto, S. 23 Thorsten Greb,
S. 24 AdobeStock/wlad074, S. 25 DNR, S. 26 DNR, S. 27 Adobe Stock/Sergey Kelin, S. 28 AdobeStock/ystewarthenderson,
S. 29 Thorsten Greb, S. 30 AdobeStock/forwforw, S. 31 Annika Schmidt, S. 32 AdobeStock/Amparo Garcia, S. 33 Annika
Schmidt, S. 34 AdobeStock/Anna, S. 35 Annika Schmidt, S. 37 AdobeStock/photokozyr, S. 38 AdobeStock/David Carratero,
S. 39 Forum Umwelt & Entwicklung, S. 40 Jörg Farys, S. 41 Forum Umwelt & Entwicklung, S. 42 AdobeStock/Stephan Leyk,
S. 43 Marie-Luise Abshagen, S. 44 AdobeStock/Wolfgang Jargstorf, S. 47 Heinrich-Böll-Stiftung/Stephan Röhl, S. 50 Fabian
Melber, S. 51 Elke Berger, S. 52 Carla Ulrich, S. 53 Kristof Vadino, S. 54 AdobeStock/Nittaya, S. 55 Thorsten Greb

VERÖFFENTLICHUNGSDATUM

Juli 2026

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor*innen.

Der Deutsche Naturschutzring wird gefördert vom
Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz,
Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie vom
Bundesamt für Naturschutz auf Beschluss des
Deutschen Bundestages.



Bundesamt für
Naturschutz

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages